



IVL-MAGAZIN

Zeitschrift der Interessenvertretung der Lehrkräfte ALLER Schularten und Laufbahnen

ISSN 2191 – 9070

Heft 2 / November 2025



**Simon-Dach-Brunnen
Klaipeda**

ÖFFENTLICHER DIENST

IHR SORGT FÜR
BILDUNG

WIR BILDEN EURE
ABSICHERUNG



Ihr für uns. Wir für Euch.
Das **Füreinander** zählt.

DebeKa

Versichern und Bausparen

In eigener Sache

Dirk Meußner



Als Lehrer an einer allgemeinbildenden Schule habe ich über 20 Jahre mit Freude und Motivation Kinder und Jugendliche unterrichtet. Obwohl ich in dieser Zeit in „meiner Schule“ in Plön all die Jahre eine lebende Konstante im Kollegium war, veränderte sich nicht nur der Name der Schule, von der „Städtischen Realschule Plön“ zur „Regionalschule Plön“ zur „Gemeinschaftsschule am Schiffsthal“.

Die Unterrichtsqualität sank, während die Arbeitsbelastung stieg. Wir haben als IVL-SH die grundsätzlichen bildungspolitischen Fehlentscheidungen (und davon gab es einige) in Schleswig-Holstein heftig kritisiert. Mit der Rücknahme der Methode „Schreiben nach Gehör“ in der Grundschule und der Abweichung vom durchgängigen Prinzip des mühelosen Aufstieges in der Gemeinschaftsschule haben wir Teilsiege erzielt. Für die Gymnasien und die Förderschulen haben sich aufgrund vieler neuer Mitglieder aus diesen Schularten unsere Bemühungen für den Erhalt und den Ausbau der Unterrichtsqualität erheblich gesteigert. Dennoch wird mir niemand widersprechen, wenn ich nüchtern konstatiere, dass sich die Zustände in allen Schularten nicht verbessert haben.

Für mich wurde es nach langjähriger Tätigkeit in einer sich verändernden Schullandschaft Zeit für eine selbst gewählte Veränderung.

Seit dem 1. September unterrichte ich mit großer Freude als Polizeischuloberlehrer junge Polizisten und Polizistinnen in Ausbildung in den Fächern Deutsch und Politische Bildung. Weder eine 41-Stundenwoche noch der im Vergleich zum Schuldienst reduzierte Urlaubsanspruch ändert etwas an meiner tief empfundenen Zufriedenheit. Es ist schön, den Schwerpunkt wie vor langer Zeit auf den Unterricht zu legen und fachlich wieder gefordert zu sein. Dass meine neuen Schülerinnen und Schüler am Ende des Unterrichts als Wertschätzung auf die Tische klopfen oder mir wie selbstverständlich die Tür aufgehalten wird, ist sicher ein Privileg der Erwachsenenbildung. Ohne mich dem Vorwurf des Vergleichens von Birnen und Äpfeln aussetzen zu wollen, finde ich doch im Vergleich manch bildungspolitische Überzeugung bestätigt, von der Effektivität annähernd leistungshomogener Lerngruppen bis zu der Notwendigkeit, neben der Förderung auch Leistung einzufordern.

Dieses Editorial mag ein wenig nach Abschied klingen, es soll aber keiner sein. Ich werde auch in neuer Position meine Verpflichtungen als Landesvorsitzender der IVL gewissenhaft wahrnehmen und mein Ohr weiterhin nah an den Schulen im Lande haben, um Ihre Interessen zu vertreten.

Schreiben Sie mir gern, wenn Sie dienstliche Sorgen plagen oder Sie sich einmal Luft verschaffen wollen angesichts der momentanen Lage an den Schulen. Um Interessen zu vertreten, ist es wichtig die Interessen zu kennen.

Herzliche Grüße
Ihr Dirk Meußner



Inhalt

Meine Meinung	5
75 Jahre im Dienst der Bildung und Lehrkräfte	6
Bildung als Ware	9
dbb Frauenseminar	13
Angriffe auf das Beamtentum.....	15
Stellungnahme.....	16
Weiterbildungsreise nach Litauen.....	17
Was gibt es Neues.....	26
Statistik	28
Studie	29
IQB-Bildungstrend	30
Gewalt an Schulen	33
Seniorensseminar	36
Fachtagung des dbb	38

Impressum:

Das „IVL-SH-Magazin“ wird von der Interessenvertretung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein (IVL-SH) herausgegeben. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Auffassung der IVL-SH darstellen.

IVL-SH Landesvorsitzender:

Dirk Meußner
Maria-Brandt-Str. 9, 24306 Plön
Tel.: 04522 / 50 35 98
E-Mail: dirk.meusser@ivl-sh.de

IVL-Geschäftsstelle:

Walkerdamm 17, 24103 Kiel
Tel.: 0431 – 300 313 57
E-Mail: geschaeftsstelle@ivl-sh.de

Redaktionsanschrift:

Körnerstr. 27, 23564 Lübeck
Tel.: 04 51 / 505 87 41
E-Mail: geschaeftsstelle@ivl-sh.de

Unsere Mitgliedschaften:

1. Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V., Köln
2. dbb Beamtenbund- und Tarifunion Landesbund – Schleswig-Holstein e.V., Kiel
3. Bündnis Ökonomische Bildung e.V., Düsseldorf

ISSN 2191-9070

Homepage: www.ivl-sh.de

Redaktion:

Harro Rhenius, Grete Rhenius, Elke Stamm

Herstellung:

Druckerei Humbach & Nemazal GmbH
Ingolstädterstr. 102, 85276 Pfaffenhofen
Tel.: 0 84 41 / 8068-0
Fax: 0 84 41 / 8068-68
www.humbach-nemazal.de



Das musste mal gesagt werden

Von Harro Rhenius

Der Begriff „Mi-Kätzchen“ oder „Mi-Kater“ ist Ihnen wohl nicht mehr geläufig? Sie haben diese Begriffe nie gehört?

Der Begriff stammt aus den 60iger Jahren. Er bezeichnete scherzhaft Lehrerinnen und Lehrer, die in Nordrhein-Westfalen (NRW) auf Initiative von Kultusminister Paul Mikat zu vereinfachten Bedingungen als „Seiteneinsteiger“ in den Schuldienst gelangten.

Diesen Schritt unternahm die NRW-Landesregierung, um die geburtenstarken Jahrgänge besser beschulen zu können und die Schülerzahl in den wegen Lehrermangels überfüllten Klassen nicht über 50 steigen zu lassen.

Lehrermangel, das hört sich doch bekannt an, aber weiter zur Erläuterung: In der etablierten Lehrerschaft herrschte damals die Sorge, dass „minder qualifizierte“ Kollegen unberechtigt bevorzugt werden könnten.

Auch das kommt Ihnen bekannt vor? Da sieht man, dass aus der Vergangenheit nichts oder fast nichts gelernt wird. Denn die Kreativität unserer Politiker – gleich welcher Couleur – ist nur auf den Augenblick fokussiert. Als offensichtliche Lösung des Lehrermangels an den Schulen des „echten Nordens“ fällt den politischen Entscheidungsträgern nichts anderes ein als die Lösung „Mi-Kätzchen“ bzw. „Mi-Kater“.

Wenn heute halb- oder teilausgebildete Lehrkräfte in unsere Schulen geflutet werden, ist das ein Bildungsverbrechen, für das die Entscheidungsträger weder haften noch Verantwortung übernehmen. Sie sind ja eh nur auf Zeit verantwortlich.

Man kann es auch Halb-Lehrkraft nennen. Gerade das Wichtigste in der Lehramtsausbildung fehlt, es fehlt die pädagogische Ausbildung. Warum hat man das Studium gesplittet, gesplittet in Bachelor und Masterstudium?

Die Anhebung der Grundschullehrkräfte auf die Besoldungsgruppe A13, die wir ausdrücklich begrüßen, scheint manchen Politikern Schmerzen zu bereiten.

Wobei diese Schmerzen doch nur von geringer Dauer sein dürften. Höchstens fünf Jahre dauert der Schmerz und dann ist er weg, denn Verantwortungsübernahme ist vielfach ein Fremdwort. Das beweist das Debakel um die HSH-Nordbank und zurzeit um die geplante Batteriefabrik in Heide.

Lehrkräfte tragen Verantwortung, jeden Tag und das teilweise über 30 bis 40 Jahre. Politisch definierte Lösungen sind in der Regel schnell verschlissen und haben kaum längerfristige Effekte. Was wir brauchen, sind Investitionsentscheidungen in die Bildung, mutige und zukunftssträchtige Lösungen, sonst stehen wir alle vor dem Problem, dass wir nur noch „Bildunk“ im echten Norden haben.

Das reicht aber wohl nicht, denn es ist ein Unding, wenn aus Gründen des Landeshaushaltes die Unterrichtsstunden reduziert werden. Das ist so, als wenn der Autobauer das 4. Rad aus Sparsamkeitsgründen einfach weglässt. Die Zukunft dieses Autobauers sieht düster aus. Für die Investition „Bildung“ sehe ich es dann genauso.

**Sie finden uns auch im
Internet unter
www.ivl-sh.de**

75 Jahre im Dienst der Bildung und Lehrkräfte

von Harro Rhenius

2025 das Jahr der Jubiläen. 2025 das Jahr in dem sich die USA von Europa verabschiedet, 2025 das Jahr einer neuen Bildungspolitik?

Wir wollen nach vorne schauen, dort ist am Horizont unsere Zukunft zu erkennen. Der Blick zurück macht deutlich, dass 75 Jahre ein Experimentierfeld für Bildungspolitik waren. Ob die Experimente gelungen sind, darf aus heutiger Sicht bezweifelt werden.

Einen Scherbenhaufen hat die Politik in unserem Lande hinterlassen.



War das alles vor 75 Jahre vorhersehbar? Ich weiß es nicht. Die Gründer unseres Verbandes sahen das sicherlich nicht, denn sonst hätten sie mit dem Engagement Anfang der 50iger Jahre unseren Verband nicht aus der Taufe gehoben.

Dr. Robert Patett schrieb 2000: *Unmittelbar nach der Kapitulation im Mai 1945 wurden alle Unterrichtseinrichtungen geschlossen, doch im Spätsommer 1945 wieder geöffnet. Die Wiedereröffnung der Schulen erfolgte nach dem Muster des dreigliedrigen Schulwesens, so wie es auch in der NS-Zeit und vorher in der Weimarer Republik bestanden hatte:*

Mit der „Direktive 54“ vom 25. Juni 1947 forderte der Alliierte Kontrollrat u.a. folgende Organisation für das Schulwesen: „Die Schulen für die Zeit des schulpflichtigen Alters sollen ein umfassendes Erziehungssystem bilden. Die Bezeichnung Volksschule und höhere Schule sollten aufeinander folgende Stufen des Unterrichts bedeuten und nicht zwei verschiedene Typen des Unterrichts, welche sich überschneiden“. Damit war damals deutlich die Einheitschule angesprochen.

Ein zweiter starker Antrieb zur Errichtung einer Stufenschule geschah durch den „Allgemeinen Schleswig-Holsteinischen Lehrerverein“ (ASHLV), dessen Wiederbegründung bereits 1946 erfolgte.

Die Mittelschullehrerschaft lehnt diese Stufenschule ab, da es das Ende der Mittelschule in Schleswig-Holstein bedeutete. Als sich

1948 die GEW bildete, fühlten sich die Mittelschullehrer an die Seite gedrängt, wie Heinz Clorius schrieb. Noch zwei Jahre dauerte es, ehe sich Mittelschullehrer im „Verband Deutscher Real- und Mittelschullehrer“ organisierten.

Am 07. September trafen sich im „Hotel Viktoria“ in Neumünster 58 wohl nicht mehr ganz junge Mittelschullehrkräfte und hoben unseren Verband wieder aus der Taufe. Diskussionen waren vorausgegangen. Leiter der Versammlung war der Mittelschulrektor Heinrich Weggemann. Betont werden muss, dass vor nunmehr fünfzig Jahren eine couragierte und verantwortlich denkende und handelnde Gruppe um den Gründer und späteren Ehrenvorsitzenden Heinrich Weggemann herum die Loslösung von der GEW in die Tat umgesetzt hat.

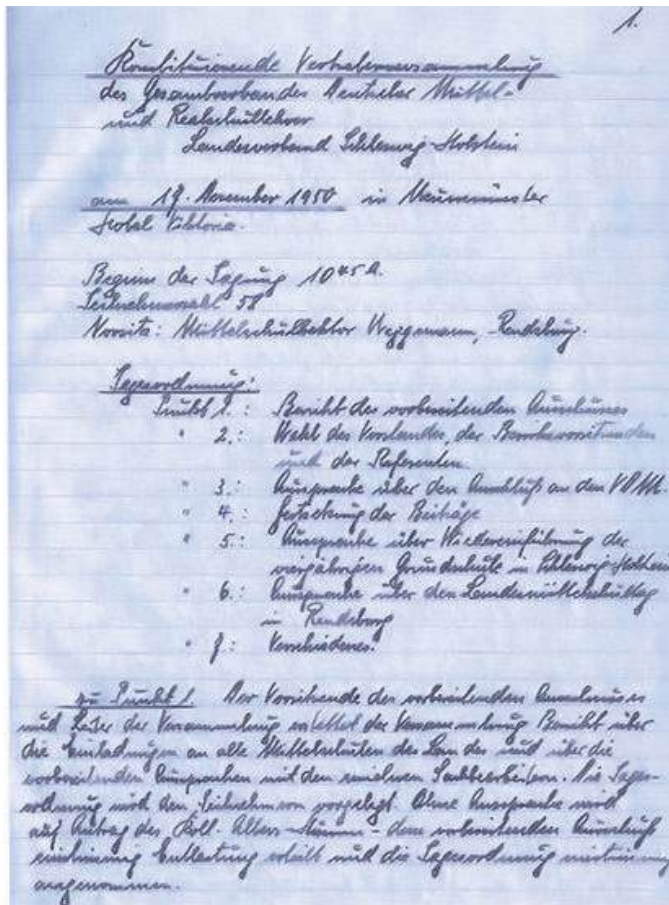
Eine der ersten Handlungen der Gründer war die Schaffung von Bezirken:

Bezirk 1 M.-Rektor Schmidt -Steinburg
Bezirk 2 M.-Lehrer Lindemann – Lunden
Bezirk 3 M.-Rektor Heugn – Bordesholm
Bezirk 4 M.-Konrektor Uffhausen – Ratzeburg
Bezirk 5 M. -Rektor Recker – Uetersen.

Herr Weggemann stellt nach der Bildung der Bezirke und der Wahl der Bezirksvorsitzenden heraus, dass die Einteilung keine – endgültige und straffe Organisation schaffen soll, sondern der Landesverband Schleswig-Holstein will sich hierin eine Möglichkeit geben, pädagogische und schulpolitische Fragen auf breitester Basis in sachlicher Auseinandersetzung mit allen interessierten Kreisen und Verbänden zu diskutieren. Die Bildung von Ortsvereinen wird von dieser Regelung nicht berührt; sie bleibt den einzelnen Schulen überlassen.

(Quelle: Gründungsprotokoll)





Gleichzeitig wurde auch der Beschluss gefasst, sich dem am 07. März 1948 in Kiel gegründeten „Gesamtverband Deutscher Mittel- und Realschullehrer“ anzuschließen.

Es kann davon ausgegangen werden, dass in den ersten Jahren der Verband sich festigte und sich als Informationsverband verstand. Aus dem neuen Kultusministerium gab es damals kaum Informationen für Lehrkräfte. Lehrkräfte mussten um Informationen ringen und sie sich vielfach selbst besorgen. Es herrschte der Zustand des „Herrschaftswissens“.

Der Verband positionierte sich recht früh als Informationsquelle und -beschaffer. Das zog Kolleginnen und Kollegen an. Die Zahl der Mitglieder stieg sprunghaft an.

Unterlagen, wie Protokolle, Schriftsätze und sonstige Briefe aus den ersten 10 Jahren unseres Verbandes konnte der Schreiber nicht finden.

Erst Anfang der 60iger Jahre ändert sich das, man hatte beschlossen, eine Mitgliederinformation herauszuge-

ben. Die Hefte wurden als „Mitteilungsblatt“ herausgegeben.

2021 hatten wir einen Aufruf an unsere Mitglieder versandt, sich von „alten“ Heften unseres Verbandsmagazins zu trennen und uns für unser Archiv zu überlassen. Das älteste verwendbare Heft ist die Nr. 8 aus August/September 1962.

Bis auf die Anfangsjahre, können wir nun aus unserem Archiv interessierten Mitgliedern „alte“ Hefte der Jahrgänge 1962 bis heute als pdf-Datei zum Lesen anbieten.

Aufgrund der zahlreichen Artikel der Verbandszeitschrift, die sich mit der so genannten Einheitsschule beschäftigen, die vehement insbesondere von der GEW verlangt wurde, muss es ein vielfältiges Verbandsleben gegeben haben.

Hauptschule und Realschule in Schleswig-Holstein gerieten recht schnell in die Einsparpolitik der jeweiligen Landesregierungen.

Im Dezember 1964 schrieb der damalig Vorsitzende Heinz Mahrenholz:

Sehr geehrte, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ein Jahr harten Ringens liegt hinter uns. Es brachte dem Mittelschullehrer die vom VDR erkämpfte Mittelstellung in der Besoldung. Die Arbeit der Mittelschule und ihrer Lehrer, die nicht nur von Wirtschaft und Verwaltung geschätzt wird, fand damit eine äußere Anerkennung, die wir zu schätzen wissen.

Es zeigt sich aber in zunehmendem Maße, daß die schulpolitischen Gegner der eigenständigen Mittelschule mit allen Kräften bemüht sind, die Selbständigkeit unserer Schule und auch des Gymnasiums zu beseitigen, unser bewährtes dreigliedriges Schulsystem zu zerschlagen, um ihre Konzeption der „Einheitsschule“ verwirklichen zu können.

Es gilt deshalb, die Gefahr deutlich zu erkennen, wie bisher zusammenzustehen und weiterzukämpfen, um so die bestmögliche Bildung für die größtmögliche Zahl von Schülerinnen und Schülern zu sichern.

Der Vorstand dankt Ihnen für Ihre Mitarbeit, wünscht Ih-

nen ein frohes Weihnachtsfest, gute Erholung in den Ferien und ein erfolgreiches Jahr 1965.

i.A. Heinz Mahrenholtz, 1. Vorsitzender

Auch in den Folgejahren wurde das Thema „Einheitschule“ auf den Sockel der Schulpolitik gehoben.

1974/1975 brachte eine „Revolution“ im Mathematikunterricht die Gemüter in Wallung, die Mengenlehre wurde zum Unterrichtsstandard apostrophiert. Heftig wurde Anfang 1974 auch über das Thema „Lehrertätigkeiten während der Dienstzeit“ im Land diskutiert. Es scheint, dass dieses Thema die politische Ebene in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigte.

Bei der Beschäftigung mit der Vergangenheit fällt mir auf, dass auch heutige Themen, die die Köpfe zum „Brennen“ bringen, wie Arbeitszeit der Lehrkräfte, im Jahr 1974 diskutiert wurde.

Dokumente zur Schulpolitik

Abkommen der Landesregierungen zur Arbeitszeit der Lehrer

Die Regierungen der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein schließen zur Vereinheitlichung der Regelungen über die Arbeitszeit der im öffentlichen Schuldienst stehenden Lehrer folgendes Abkommen:

„Die Landesregierungen halten eine einheitliche Regelung der Arbeitszeit der Lehrer im Bundesgebiet für erforderlich. Zu diesem Zweck streben sie an, einheitlich geltende Grundsätze für die Festsetzung der Arbeitszeit der Lehrer zu entwickeln. Dieses Bemühen darf nicht durch eine Auseinanderentwicklung der in den Ländern geltenden Regelungen erschwert werden.

Die Landesregierungen verpflichten sich deshalb, vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens an keine Änderung der Regelungen über Zahl und Bemessung der Pflichtstunden einschließlich der Bestimmungen über die Ermäßigung oder Anrechnung der Pflichtstundenzahl aus funktionsbedingten sowie aus persönlichen Gründen und für die Wahrnehmung von Sonderaufgaben vorzunehmen. Eine Herabsetzung der Pflichtstunden für Grund- und Hauptschullehrer bis zu einer Pflichtstundenzahl von 28 bleibt zulässig.

Dieses Abkommen tritt mit Wirkung vom 1. 10. 1974 in Kraft und ist nach einem Jahr mit einer Frist von 6 Monaten zum Ende eines Schuljahres kündbar.“

Wie lange diese Vereinbarung gegolten hat, konnte ich nicht feststellen. Jedenfalls ist dieses Thema auch heute noch Bestandteil von Gutachten und ideologisch bestimmten Diskussionen.

In den 1970er Jahren war das deutsche Schulsystem – auch in Schleswig-Holstein – gekennzeichnet durch eine starke Trennung der Schulformen (Hauptschule, Realschule, Gymnasium), eine wachsende Schülerzahl nach der Nachkriegszeit („Boomjahrgänge“) sowie Debatten über Chancengleichheit und Schulstrukturreform.

Für Schleswig-Holstein zeigen Statistiken z. B., dass im

Schuljahr 1975/76 der Anteil der Schüler im 8. Jahrgang in der Hauptschule bei rund 36,1 % lag, die Realschule bei ca. 32,8 %, das Gymnasium bei ca. 23,3 % — damit war eine deutliche Verlagerung gegenüber früheren Jahrzehnten erkennbar.

Zudem war der Landesregierung seit 1975 (z. B. mit dem Kabinett Stoltenberg II) eine klare Regierungsmehrheit der CDU gegeben.

In dieser Phase sind Bildungs- und Schulpolitik stark durch Strukturfragen geprägt: Schulformen, Übergänge, Bildungswege, Lehrerversorgung und deren Finanzierung.

Ein zentrales Thema war die Frage der „Orientierungsstufe“ (gemeinsame Stufe der Klassen 5 und 6, bevor eine Aufteilung auf Hauptschule, Realschule oder Gymnasium erfolgt) und der weiteren Entwicklung zu Gesamtschulen bzw. integrierten Schulformen. In einem Überblick heißt es, dass Schleswig-Holstein **keine** schulformunabhängige Orientierungsstufe hatte bzw. plante. Auch die Entwicklung der Schüleranteile zeigt, dass die Hauptschule abnahm, die Realschule und das Gymnasium relativ zulegten. Diese Entwicklungen deuten darauf hin, dass Schleswig-Holstein zwar von den Reformdiskussionen beeinflusst war, aber in manchen Punkten eher zurückhaltend oder anders als andere Länder agierte.

Das „Gesetz- und Verordnungsblatt Schleswig-Holstein“ (GVOL) führt Jahr für Jahr die gesetzgeberischen Maßnahmen auf. Für 1975 bis 1989 sind entsprechende Ausgaben im Archiv nachgewiesen. Damit steht fest: Es existiert eine rechtlich klare Grundlage für Schulpolitik im Land, was wichtig ist, da Schulpolitik als Länder- und Landesangelegenheit organisiert ist.

Statistiken zeigen z. B., dass bei den beruflichen Schulen in Schleswig-Holstein 1975 im Schnitt 20,2 Schüler pro Klasse waren, was im Vergleich zu anderen Ländern niedrig war.

Solche Zahlen geben Hinweise darauf, wie stark die Klassen besetzt waren, welche Ressourcen notwendig waren, und wie sich daraus Herausforderungen für Lehrerversorgung, Raumkapazitäten etc. ergaben.

In dieser Phase (Ende 1970er) war das Schlagwort „Schulstrukturreform“ häufig. Es ging um die Frage, wie

man Übergänge zwischen Schulformen besser gestalten, wie man die so genannte Chancengleichheit stärken und wie man auf gesellschaftliche Veränderungen (z. B. steigende Anforderungen, zunehmende Diversität der Schüler) reagieren kann.

Die Jahrzehnte dauernde Diskussion „Müssen Lehrer Beamte sein“ brandete im Jahr 1981 wieder hoch. Auffallend bei der auch heutigen Diskussion ist, dass deutlich wird „man lernt, dass man nichts lernt“. Gründe, die 1981 angeführt wurden, werden heute wieder aus dem Mülleimer der Geschichte geholt.

Damals schrieb Heinz Clorius, *„Beamter, das ist immer noch ein Lieblingsthema von Karikaturisten, es belastet auch heute noch jede sachliche Diskussion, wenn auch unbewusst mehr als bewusst. Ein Lehrer muss Beamter sein, weil dieser Staat – und das ist eben in diesem Falle die Gemeinschaft aller Erziehungsberechtigten, vertreten durch die staatlichen Organe – für die Zuverlässigkeit der Ausbildung der heranwachsenden Generation garantieren muss.“*

Unser Verband hat sich stets, so auch heute noch für das Berufsbeamtentum stark gemacht und wird es auch in den kommenden Jahren engagiert tun. (Fortsetzung folgt)

Bildung als Ware

Ist Bildung eine Ware geworden?

von Harro Rhenius

Ein Essay über Ökonomisierung, Gesellschaft und die Zukunft des Lernens

Da gibt es Auguren, die mit dem Werbespruch „Bildung ist keine Ware“ operieren. Stimmt diese prophetische Aussage tatsächlich?

Wenn ich mich im Internet umschaue, zweifle ich an dieser Behauptung, denn das Internet ist voll von ökonomisierten Angeboten und Positionen zur Bildungsverwertung. Im Folgenden soll der Versuch unternommen werden über Ökonomisierung, Gesellschaft und die Entwicklung des Lernens eine Stellungnahme zu entwickeln.

Die Frage, ob Bildung heute eine Ware geworden ist, gehört zu den zentralen gesellschaftlichen und bildungspolitischen Debatten unserer Gegenwart. Während Bildung traditionell als ein öffentliches Gut betrachtet wurde, das allen Menschen frei zugänglich sein sollte und in vielen Kulturen als Grundlage der demokratischen Teilhabe gilt, mehren sich in den letzten Jahrzehnten die Stimmen, die

von einer zunehmenden Kommerzialisierung und Ökonomisierung des Bildungswesens sprechen. Die Position von „Bildung als Ware“ impliziert, dass Bildung in Kategorien von Angebot und Nachfrage, Marktwert und Konkurrenz gestellt wird – eine Perspektive, die mit der humanistischen Vorstellung von Bildung als Persönlichkeitsentwicklung und Emanzipation kaum vereinbar scheint.

Wie bereits erwähnt, will ich untersuchen, inwiefern Bildung heute tatsächlich als Ware behandelt wird, welche historischen und gesellschaftlichen Entwicklungen zu dieser Sichtweise beigetragen haben, welche Argumente dafür und dagegen sprechen und welche Konsequenzen sich aus einer Ökonomisierung der Bildung ergeben. Dabei sollen unterschiedliche Dimensionen betrachtet werden: die ökonomische, die politische, die soziale, die kulturelle und die globale. Am Ende soll ein Fazit stehen, das nicht nur eine Bewertung vornimmt, sondern auch mögliche Wege für eine Balance zwischen ökonomischer Realität und dem Ideal einer nicht-kommerzialisierten Bildung aufzeigt.



Kurze historische Perspektiven auf Bildung

• Bildung als öffentliches Gut in der Aufklärung

In Europa entwickelte sich die Idee von Bildung als allgemeinem Menschenrecht vor allem in der Zeit der Aufklärung. Philosophen wie Immanuel Kant oder Johann Heinrich Pestalozzi verbanden Bildung mit Mündigkeit, Vernunft und Freiheit. Bildung sollte nicht nur der Vorbereitung auf einen Beruf dienen, sondern die Fähigkeit fördern, selbstständig zu denken und als verantwortlicher Bürger zu handeln. In dieser Tradition galt Bildung als nicht-materielles Gut, das nicht käuflich zu erwerben ist, sondern jedem Menschen zusteht.

In den letzten IVL-Magazinen hatte ich das Bildungsverständnis von Hegel, Marx, Jasper u.a. dargelegt.

• Industrialisierung und funktionale Bildung

Mit der Industrialisierung änderte sich die Rolle von Bildung grundlegend. Schulen wurden zunehmend Orte, an denen die zukünftige Arbeitskraft diszipliniert, standardisiert und mit den notwendigen Grundkenntnissen für die Fabrikarbeit ausgestattet wurde. Der Staat übernahm die Organisation und Finanzierung des Schulwesens, allerdings mit einem klar funktionalen Ziel: Bildung sollte der wirtschaftlichen Entwicklung dienen. Hier tauchte erstmals die Vorstellung auf, dass Bildung auch einen ökonomischen „Wert“ habe.

• Bildungsexpansion im 20. Jahrhundert

Im 20. Jahrhundert kam es in vielen westlichen Ländern zu einer massiven Bildungsexpansion. Immer mehr Menschen erhielten Zugang zu höheren Schulen und Universitäten. Bildung wurde zunehmend als Motor sozialer Mobilität verstanden: Wer sich anstrebte, sollte unabhängig von Herkunft oder sozialem Status durch Bildung aufsteigen können. In dieser Phase stand Bildung noch stark im Zeichen des sozialen Auftrags. Gleichwohl wurde auch hier die ökonomische Komponente deutlich: Bildung als Investition in „Humankapital“. Deutliches Zeichen dieser Entwicklung waren die – insbesondere im Ruhrgebiet – entstandenen Arbeiterbildungsvereine.

• Globalisierung und Neoliberalismus seit den 1980er Jahren

Seit den 1980er Jahren setzte mit der Globalisierung und der neoliberalen Wende eine markante Verschie-

bung ein. Bildung wurde nun explizit in ökonomischen Kategorien gedacht: Universitäten wurden zu Wettbewerbsinstitutionen, Studiengebühren eingeführt oder erhöht, Rankings etabliert und Bildungsinstitutionen unter Effizienzdruck gesetzt. Die Idee von Bildung als Ware gewann an Bedeutung – und mit ihr die Vorstellung, dass Lernende in erster Linie „Kunden“ seien.

Bildung und Marktlogik

• Bildung als Humankapital

Ein Schlüsselbegriff der modernen Bildungsökonomie ist das Konzept des „Humankapitals“. Der Ökonom Gary S. Becker entwickelte in den 1960er Jahren die Theorie, dass Bildung eine Investition in die eigenen Fähigkeiten sei, die später höhere Einkommen ermögliche. Diese Perspektive verstärkte die Tendenz, Bildung als ökonomisch messbares Gut zu betrachten. Bildung wird zur Ware, insofern sie Kosten verursacht, die durch späteren ökonomischen Nutzen gerechtfertigt werden.

• Wettbewerb und Rankings

Ein zentrales Kennzeichen von Märkten ist Wettbewerb. Im Bildungsbereich zeigt sich dies durch internationale Rankings (z. B. PISA-Studien, Hochschulrankings, Schulvergleichsportale), die Bildungsinstitutionen miteinander vergleichbar machen und in Konkurrenz zueinander setzen. Schulen und Universitäten bemühen sich, ihre Position in solchen Ranglisten zu verbessern, da davon ihr „Marktwert“ abhängt – sowohl im Hinblick auf staatliche Förderung als auch auf die Attraktivität für Studierende. Ich erinnere hier an z.B. Wettbewerbsaktionen, wie „**Deutscher Schulpreis**“ der Robert Bosch Stiftung und der Heidehof Stiftung.

• Privatisierung und Kommerzialisierung

Wie auch in Deutschland, sind in vielen anderen Ländern Bildungseinrichtungen zunehmend privatisiert worden. Private Universitäten, kostenpflichtige Nachhilfe, teure Weiterbildungsangebote und digitale Lernplattformen haben Bildung zu einem profitablen Geschäftsfeld gemacht. Die Rede von der „Bildungsindustrie“ verweist auf diese Entwicklung.

• Bildung als Konsumgut

Nicht nur Institutionen, auch Lernende selbst betrachten Bildung häufig in Konsumkategorien: Welches Studium lohnt sich für mich? Welche Ausbildung bringt

mir die besten Karrierechancen? Bildung wird dann nicht mehr als Selbstzweck verstanden, sondern als Mittel zur Maximierung des individuellen Nutzens.

Argumente dafür: Bildung als Ware

• Ökonomische Effizienz

Befürworter der Marktlogik argumentieren, dass Wettbewerb und Privatisierung die Effizienz im Bildungswesen steigern können. Wer für Bildung bezahlt, achte mehr auf Qualität und fordere bessere Angebote. Institutionen seien gezwungen, innovativ zu sein, um im Wettbewerb zu bestehen.

• Individuelle Freiheit

Wenn Bildung als Ware verfügbar ist, können Individuen frei entscheiden (Work/Life-Balance), welche Form von Bildung sie kaufen möchten. Dies eröffnet Vielfalt und Wahlmöglichkeiten. Kritiker staatlicher Monopole betonen, dass ein Bildungsmarkt Innovation und Anpassung an die Bedürfnisse der Lernenden begünstigt (Teilzeit-Studium).

• Anreizstrukturen

Ein ökonomisches Verständnis von Bildung kann Anreize für Lernende schaffen, sich stärker zu engagieren, da sie ihre „Investition“ amortisieren wollen. Auch Unternehmen können sich durch Bildungsinvestitionen qualifizierte Arbeitskräfte sichern.

Argumente dagegen: Bildung darf keine Ware sein

• Ungleichheit und Ausschluss

Ein zentrales Problem der Kommerzialisierung von Bildung ist die soziale Ungleichheit. Wer über mehr finanzielle Ressourcen verfügt, kann bessere Bildung kaufen und verschafft sich dadurch Vorteile auf dem Arbeitsmarkt. Bildung als Ware verschärft soziale Spaltungen, anstatt sie zu überwinden.

• Verlust des Bildungsbegriffs

Wenn Bildung primär als ökonomisches Gut verstanden wird, geht ihr ursprünglicher Sinn verloren: die Förderung von Mündigkeit, Persönlichkeitsentwicklung, kultureller Teilhabe. Bildung reduziert sich auf verwertbare Qualifikationen.

• Ökonomisierung der Hochschulen

Die unternehmerische Hochschule, die sich über Drittmittel, Sponsoren und Studierendenbeiträge finanziert, verliert ihre Unabhängigkeit. Forschung wird an Verwertungsinteressen ausgerichtet, während geistes- und sozialwissenschaftliche Fächer marginalisiert werden.

• Bildung als Menschenrecht

Internationale Abkommen, etwa die UNESCO-Bildungserklärung, betonen, dass Bildung ein universelles Menschenrecht ist. Ein Menschenrecht darf nicht zur Ware degradiert werden, die nur denjenigen offensteht, die sie sich leisten können.

Bildung und Digitalisierung

• EducationTech und Plattformökonomie

Die Digitalisierung hat neue Geschäftsmodelle im Bildungsbereich hervorgebracht: Online-Kurse, Lern-Apps, KI-gestützte Nachhilfeplattformen. Diese Angebote werden häufig kostenpflichtig und im Wettbewerb zueinander angeboten. Bildung wird damit stärker in den Bereich des Konsums verschoben.

• Chancen der Digitalisierung

Digitale Bildung kann aber auch neue Zugänge eröffnen: Online-Kurse sind oft günstiger und weltweit verfügbar. Plattformen wie MOOCs (Massive Open Online Courses) ermöglichen Millionen von Menschen Zugang zu Bildung, der zuvor verschlossen war.

• Risiken der Kommerzialisierung

Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass große Tech-Unternehmen den Bildungsmarkt dominieren und Lernende zu „Datenlieferanten“ machen. Bildung wird dann nicht nur zur Ware, sondern auch zur Ressource, aus der Unternehmen durch Datenverwertung Profit schlagen. Diese Sachlage ist permanent vorhanden, gerade unter den Bemühungen, KIChat-Bots zu etablieren.

Bildung, Gesellschaft und Demokratie

• Bildung als Grundlage demokratischer Teilhabe

Bildung ist mehr als Qualifikation für den Arbeitsmarkt – sie ist die Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Nur gebildete Bürgerinnen und Bürger können



kritisch denken, sich informieren, politische Entscheidungen reflektieren und Verantwortung übernehmen. Wird Bildung zur Ware, droht die Demokratie Schaden zu nehmen, weil nicht mehr alle gleichermaßen Zugang haben. Gerade wir als IVL-SH haben vor dieser Gefahr gewarnt und deutliche Stellungnahmen veröffentlicht. Ein Beispiel hierfür ist unsere „Kieler Erklärung“ vom September 2023.

• Bildung als sozialer Kitt

Bildung schafft gemeinsame Werte, Verständigung und sozialen Zusammenhalt. Wenn Bildung privatisiert und vermarktet wird, zerfällt dieser soziale Kitt: Die Gesellschaft teilt sich in jene, die sich teure Bildung leisten und konsumieren können, und jene, die ausgeschlossen bleiben.

• Bildung und Identität

Bildung ist eng mit der kulturellen Identität verbunden. Wird Bildung nur in ökonomischen Kategorien gedacht, droht die Vielfalt kulturellen und humanistischer Bildung zu verschwinden.

Zwischenfazit: Wo stehen wir heute

Die Frage, ob Bildung eine Ware geworden ist, lässt sich nicht eindeutig mit Ja oder Nein beantworten. Vielmehr handelt es sich um eine ambivalente Entwicklung. Einerseits ist Bildung in vielen Bereichen eindeutig marktförmig organisiert: durch Privatisierung, Studiengebühren, Wettbewerb, Rankings und die Etablierung einer globalen Bildungsindustrie. Andererseits bleibt Bildung in vielen Ländern ein staatlich garantiertes Gut, das allen zugänglich sein soll. Die Spannung zwischen Bildung als Menschenrecht und Bildung als ökonomisches Gut prägt die Debatte.

Wege aus der Ökonomisierungsfalle

• Stärkung öffentlicher Bildungssysteme

Eine mögliche Antwort auf die Kommerzialisierung ist die bewusste Stärkung öffentlicher Bildungssysteme. Kostenlose öffentliche Schulen, staatlich finanzierte Universitäten und Investitionen in frühkindliche Bildung sind zentrale Maßnahmen, um Bildung als öffentliches Gut zu sichern. Als Rückfallleistung

sieht die IVL-SH die Zerschlagung funktionierender Schulstrukturen als Sparmaßnahme für Haushaltssanierungen. Leistungsverluste in Bildung, verursacht durch parteipolitische Ideologie bzw. ideologische Organisationsstrukturen ist der gefährliche Weg, Bildung weiter in den privatisierten Bildungsbereich zu transferieren.

• Regulierung des Bildungsmarktes

Wo private Anbieter eine wichtige Rolle spielen, ist Regulierung notwendig, um den Zugang fair zu gestalten. Mindeststandards, Transparenz und soziale Ausgleichsmechanismen können verhindern, dass Bildung zur reinen Luxusware wird.

• Balance zwischen Effizienz und Humanität

Es gilt, die positiven Seiten ökonomischer Anreize (z. B. Effizienzsteigerung, Innovation) mit den humanistischen Zielen von Bildung zu verbinden. Ein „sowohl-als-auch“ könnte hier produktiver sein als ein radikales „entweder-oder“.

• Neue Bildungsideale

Schließlich braucht es ein neues Verständnis von Bildung, das die digitale Transformation, die Globalisierung und die sozialen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts integriert, ohne die humanistische Idee preiszugeben. Bildung sollte nicht nur auf Verwertbarkeit reduziert werden, sondern Kompetenzen wie kritisches Denken, Kreativität und soziale Verantwortung in den Mittelpunkt stellen. Dafür braucht es aber mutige Entscheidungsträger.

Fazit

Ist Bildung eine Ware geworden, wie manche Organisationen behaupten?

Die Antwort lautet: **in vielerlei Hinsicht JA, aber nicht ausschließlich. Ein leises NEIN schleicht sich also ein.**

Bildung wird zunehmend in ökonomischen Kategorien gedacht, gehandelt und bewertet. Der Trend zur Kommerzialisierung zeigt sich in Privatisierungen, Gebühren, Rankings, digitalen Geschäftsmodellen, Bildungsmessen (DIDACTA) und einer globalen Bildungsindustrie. Gleichzeitig bleibt Bildung in der Tradition der Aufklärung und in internationalen Menschenrechtsabkommen ein

öffentliches Gut, das allen Menschen zugänglich sein sollte und somit auch verteidigt werden muss.

Die Herausforderung der Zukunft liegt darin, die Balance zu finden: Bildung darf ökonomische Realitäten nicht ignorieren, darf aber auch nicht auf ihren Warencharakter reduziert werden. Sie muss vielmehr als ein hybrides Gut verstanden werden – teils individuell nutzbares Kapital, teils kollektives Menschenrecht, das über jeden Markt hinausweist.

Nur wenn es gelingt, Bildung zugleich effizient, gerecht und humanistisch zu gestalten, kann sie ihre doppelte Aufgabe erfüllen: Motor der wirtschaftlichen Entwicklung zu sein und Fundament einer freien, demokratischen und solidarischen Gesellschaft. Das ist die Herausforderung an unsere Politiker. Deshalb unser Aufruf

Nehmen Sie die ideologische Brille ab und beenden Sie die ideologisch gefärbten Debatten.

dbb Frauenseminar

Grundlagen für Teilzeit seit den 90ern

Das dbb-Frauenseminar in diesem Jahr, fand wiederum in Fulda statt. Seitens der IVL-SH nahmen Elke Stamm und Stefanie Geschke teil.

Die Grundlagen für Teilzeitbeschäftigung wurden erst im Jahr 1997 durch das Dienstrechtsreformgesetz geschaffen. Seitdem können Beamtinnen und Beamte eine Teilzeitbeschäftigung beantragen, auch ohne Voraussetzungen wie Erziehungs- oder Pflegezeiten vorweisen zu müssen. Zumindest theoretisch – wir alle haben mittlerweile feststellen müssen, dass voraussetzungslose Teilzeitanträge aufgrund des steigenden Lehrkräftemangels zunehmend nicht genehmigt werden.

Und um nochmal auf die Hauptberuflichkeit von Beamtinnen und Beamten zurückzukommen: Für uns gibt es nur ein Recht auf Teilzeit, nicht aber einen Zwang dazu. Denn Verbeamtete haben ein Recht auf eine volle Stelle!

Gleichstellung sichert ab vor Benachteiligung

Gut zu wissen ist auch, dass Teilzeiten weder bei der Einstellung noch beim beruflichen Fortkommen zum





persönlichen Nachteil in der Beamtenlaufbahn werden dürfen – das regelt das Beamtengleichstellungsgesetz. Seit 2006 gibt es als Konsequenz der Gleichstellung sogar Regelungen, dass der Beamtenstatus auf Widerruf in Teilzeit ausgeübt werden darf. Allerdings muss der Ausbildungserfolg gewährleistet sein, ansonsten droht eine Verlängerung des Vorbereitungsdienstes.

Auch Beamtinnen und Beamte auf Probe können Teilzeit beantragen, soweit nicht zwingende sachliche Gründe entgegenstehen. Kurzum: Solange der dienstliche Betrieb aufrechterhalten werden kann, ist Teilzeit zu gewähren – sobald die Unterrichtsabdeckung nicht mehr garantiert werden kann, werden Anträge abgelehnt.

Wird die Probezeit bei einer Beförderungsstelle in Teilzeit absolviert, so wird die Teilzeit vollständig angerechnet. In Ausnahmefällen kann der Erprobungszeitraum um maximal ein Jahr verlängert werden.

Formen der Teilzeit und ihre Voraussetzungen

Neben der zunehmend eingeschränkten voraussetzungslosen Teilzeit, gibt es auch die im Rahmen von Erziehungs- und Pflegezeiten. Alle drei haben eins gemeinsam: Sie müssen beantragt werden und das fristgenau.

Voraussetzungen:

- mindestens 1 Kind unter 18 Jahren oder Betreuung eines pflegebedürftigen Angehörigen, § 92 Abs. 1 BBG

Als Angehörige werden nach § 20 Abs. 5 des Verwaltungsverfahrensgesetzes Verlobte, Ehe- und Lebenspartnerinnen /-partner, Verwandte und Verschwägerter gerader Linie, Geschwister etc. gezählt.

Als pflegebedürftig im Sinne des Sozialgesetzbuches sind Personen, die gesundheitlich bedingt in ihrer Selbstständigkeit oder ihren Fähigkeiten eingeschränkt sind und deshalb der Hilfe benötigen (§ 14 Abs. 1 SGB XI).

Familienbedingte Teilzeit:

Während bei der voraussetzungslosen Teilzeit mindestens 50% der Wochenstundenzahl abgeleistet werden muss, kann eine familien- und pflegebedingte Teilzeit auch höher ausfallen. Nach maximal 15 Jahren (Elternzeiten werden nicht mitgerechnet) erlischt der Anspruch auf familienbedingte Teilzeit, da dann die Volljährigkeit des Kindes erreicht ist.

Pflegebedingte Teilzeit:

Familienpflege ist für alle Beschäftigten für bis zu 48 Monaten möglich. Die Arbeitszeit kann hierbei für höchstens 2 Jahre um max. 50% oder auf min. 15 Wochenstunden reduziert werden. Im Gegenzug wird die Besoldung in der Pflegephase um maximal 25% verringert. Nach der Pflegephase folgt die Nachpflegephase, in der der Vorschuss wieder ausgeglichen werden muss. D.h. man arbeitet für einen begrenzten Zeitraum weiterhin zum reduzierten Gehalt weiter.

Teilzeit während der Elternzeit:

Entscheiden sich junge Eltern für das ElterngeldPlus, so erhalten sie dies bis zu 28 Monate nach der Geburt eines Kindes. Während dieser Zeit darf bis zu 32 Wochenstunden im Durchschnitt eines Monats in Teilzeit beim Dienstherrn gearbeitet werden, wenn zwingende dienstliche Belange nicht entgegenstehen.

ElterngeldPlus ist nur halb so hoch wie Basiselterngeld. Quellen:

- Bundeslaufbahnverordnung (BLV)
- Bundesgleichstellungsgesetz (BGleig)
- Arbeitszeitverordnung (AZVO)
- Bundesbeamtengesetz (BBG)
- Beamtenstatusgesetz (BeamStG)
- Gesetz über die Familienpflegezeit (FPfZG)
- Verordnung über den Mutterschutz für Beamtinnen des Bundes und die Elternzeit für Beamtinnen und Beamte des Bundes (MuSchEltZV)
- D. Heid: Beamtenrecht des Bundes, 2. Aufl., 2021

Das Fazit des Seminars war für die zufriedenen Teilnehmerinnen eindeutig: Das Frauenseminar 2025 war eine höchst informative Veranstaltung, die darüber hinaus genügend Raum für den schulischen und persönlichen Austausch über die Bundesländer hinweg ermöglicht hatte.

Text: Kerstin Mück und Nicole Weiß-Urbach



Schauen Sie doch einfach mal vorbei

<https://www.facebook.com/ivlsh/?fref=ts>



Beamte in die Rentenversicherung: Bas-Vorschlag könnte bis zu 20 Milliarden Euro jährlich kosten

Arbeitsministerin und SPD-Vorsitzende Bärbel Bas kommt mal wieder mit einem uralten Vorschlag aus dem Abseits, einem Lieblingsprojekt der Linken.

Beamte sollen in die gesetzliche Rentenversicherung eintreten und dort auch bezahlen.

Eine neue Berechnung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zeigt: Der Vorschlag würde einen Haufen Probleme produzieren – ohne die bestehenden zu lösen.

Nicht mal eine Woche ist vergangen und die neue Bundesregierung hat ihren ersten Disput: Am Wochenende hatte die frisch ernannte SPD-Arbeitsministerin Bärbel Bas vorgeschlagen, auch Beamte in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen. Die Retourkutsche aus der Union folgte prompt – und das zu Recht: Denn der Vorschlag würde die öffentlichen Kassen Milliarden kosten und einen ganzen Strauß neuer Probleme schaffen, ohne die bisherigen zu lösen.

Kommen die Pläne einer Gehaltskürzung gleich?

Noch ist offen, wie die Arbeitsministerin ihre Pläne umsetzen will. Wahrscheinlich würden nur neue Beamte in die gesetzliche Rentenversicherung aufgenommen – mit entsprechenden Beiträgen vom Gehalt. Unklar bleibt dann, ob sich Staat und Beamte, wie auch bei den Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst, die Kosten teilen. Weil Beamte bislang keine Beiträge zahlen, würde das de facto einer Gehaltskürzung entsprechen – es sei denn, der Staat übernimmt den vollen Betrag. Teuer würde es in jedem Fall. Neben den laufenden Pensionszahlungen müssten Bund, Länder und Kommunen fortan eine jährliche Milliardensumme an die Rentenkasse überweisen.

Ein anderes Szenario: Alle Beamten würden ab sofort in die gesetzliche Rente überführt. Trügen die öffentlichen Arbeitgeber den gesamten Beitragssatz, entstünden nach IW-Berechnungen bei aktuell rund 1,9 Millionen Beamten Mehrkosten von knapp 20 Milliarden Euro jährlich. Bei paritätischer Finanzierung wären es immer noch zehn Milliarden Euro. Hinzu kommen juristische Fragen: Kann man bestehenden Beamten rückwirkend Pensionsversorgung entziehen, wegen der sie sich womöglich für den Staatsdienst entschieden haben?

Vorschlag löst Problem der Überalterung nicht

Entscheidend ist aber etwas anderes: Keines der beiden Szenarien löst die strukturellen Probleme der gesetzlichen Rente. Zwar fließen kurzfristig mehr Beiträge in das System. Langfristig steigen aber auch die Ausgaben – denn auch die künftigen Beamtenrenten müssten aus dem Umlagesystem gezahlt werden. Die Altersstruktur der Beamten ist sogar ungünstiger als die der übrigen Beschäftigten. Wenn es darum geht, Pensionen und Renten anzugleichen, sollte die SPD genau dort ansetzen, zum Beispiel, indem sie die Höhe der Pensionsansprüche reformiert. Will sie die steigenden Kosten des Beamtenwesens begrenzen, ist sie besser bedient, die Tarifbeschäftigung im öffentlichen Dienst attraktiver zu gestalten und weniger zu verbeamen. Bärbel Bas' Vorschlag löst keines dieser Probleme – und sollte schnell wieder in der Schublade verschwinden.

Seitens der Bundesländer wird zweifellos Protest kommen, denn der Bas-Vorschlag hebt den Föderalismusgedanken aus. Die Bundesländer verlieren zwangsläufig die Hoheit über die Beamtengehälter und – pensionen.

Quelle: <https://www.iwkoeln.de/presse/iw-nachrichten/bjoern-kauder-ruth-maria-schueler-bas-vorschlag-konnte-bis-zu-20-milliarden-euro-jaehrlich-kosten.html>

Betrifft E-Mail-Adresse

Liebe IVL-Mitglieder,

E-Mails ermöglichen eine schnelle und komfortable Form der Kommunikation. Voraussetzung dafür ist, dass man im Besitz einer aktuellen privaten E-Mail-Adresse des Empfängers ist. Deshalb bitten wir Sie, die Neueinrichtung eines E-Mail-Postfachs oder die Änderung Ihrer E-Mail-Adresse der Landesgeschäftsstelle mitzuteilen. Die einfachste Variante ist eine kurze E-Mail an: **geschaeftsstelle@ivl-sh.de**

Angriffe auf das Berufsbeamtentum

Von Grete Rhenius

Volker Geyer - dbb Bundesvorsitzender – auf der Hauptversammlung der Bundesseniorenkonferenz am 15. Oktober 2025 in Berlin: „Der Angriff auf das Berufsbeamtentum ist ernst zu nehmen, weil sich populistische Parteien (rechts wie links) hier einig sind.“

Auslöser der erneuten Debatte um das Berufsbeamtentum waren die Ausführungen der Bundesarbeits- und sozialministerin Bärbel Bas auf dem SPD-Bundesparteitag 2025, auf dem sie forderte, dass Beamte, Selbstständige und Abgeordnete in die Rentenversicherung einzahlen sollten. Zudem sollte der Beamtenstatus auf Personen, die hoheitliche Aufgaben – wie bei Polizei, Zoll, Justiz und Steuer – wahrnehmen, begrenzt werden.

Der CDU Generalsekretär Carsten Linnemann hat das Thema aufgegriffen und noch ergänzend gesagt, dass Lehrkräfte keine Beamte sein müssten, weil sie seiner Meinung nach keine hoheitlichen Aufgaben wahrnehmen. Aber durch die Vergabe von Abschlüssen wie Abitur, Fachhochschulreife und weiteren Bildungsabschlüssen – sogenannte Verwaltungsakte – haben Lehrkräfte einen entscheidenden Einfluss auf das Leben und den beruflichen Werdegang junger Menschen.

Der Beamtenstatus verpflichtet Lehrerinnen und Lehrer im Rahmen des Dienst- und Treueverhältnisses zu einer objektiven und sachgerechten Amtsführung. Außerdem haben verbeamtete Lehrkräfte kein Streikrecht, wodurch Schule auch in Zeiten von Tarifverhandlungen, Warnstreiks oder weiteren Arbeitskampfmaßnahmen sicher funktioniert. Eltern dürften dies zweifelsohne zu schätzen wissen.

Bärbel Bas begründete ihre Forderung auf dem Parteitag und auch darüber hinaus, dass die Ausweitung der Beitragszahler zur Generationengerechtigkeit beitrage und mehr Geld in die Rentenversicherung flösse, um das Rentenniveau zu sichern.

Das mag zunächst so sein, aber alle Finanzfachleute sind sich einig, dass dies nur ein kurzer Effekt ist, was

aber angesichts der Denkweise von Politikerinnen und Politikern in Legislaturperioden überhaupt nicht zur Kenntnis genommen wird.

Dabei erinnern sich noch viele Schleswig-Holsteiner an die Ministerpräsidentin und vorherige Finanzministerin Heide Simonis, die ihren Vorstoß Lehrkräfte nicht mehr zu verbeamten aufgrund der enormen zusätzlichen Kosten schnell wieder aufgab.

Die Bildung von Pensionsrückstellungen sollte für alle Bundesländer wieder verpflichtend sein und damit auch das Verbot diese – wie für 2026 in Schleswig-Holstein geplant – zur Deckung von Haushaltslöchern zu verfrühen.

Diese Rückstellungen, die durch weiter wirksamen Gehaltsverzicht der Beamtinnen und Beamten sowie der Versorgungsempfänger von 1,8% ihres monatlichen Gehalts aufgebaut wurden und aufgefüllt werden, sollten dazu dienen die „Versorgungslast“ für nachwachsende Generationen erträglicher zu machen.

Wo bleibt denn hier die von Bärbel Bas beschworene Generationengerechtigkeit?



Schauen Sie doch einfach mal vorbei

<https://www.facebook.com/lvlsh/?fref=ts>

Liebe Mitreisende,

Unser Weiterbildungsseminar 2025 ist Geschichte, es bleibt nur die Erinnerung. Diese Erinnerung möchte ich wecken und vertiefen.

Die Berichte zu einzelnen Programmpunkten haben dankenswerterweise Sigrid Kiehl und Gesinde Wallenburg-Schwarze, Stefan Bieger und Ute Witt übernommen. Mein Dank geht aber auch an Grete Rhenius, die durch fleißiges Telefonieren und lebhafte Gespräche ausgefallene und kurzfristig abgesagte Programmpunkte durch neue, andere Termin retten konnte.

Die Weiterbildungsveranstaltung fand vom 28.09. – 4.10.2025 statt. Der 28.09. war ein Sonntag.

Wir trafen uns 28.09. um 07:00 Uhr am Schalter der „Baltic Air“ im Terminal 2 des Hamburger Flughafens. Der Flug sollte 08:30 Uhr starten. Ankunft in Vilnius war dann 11:15 Uhr (Ortszeit).

Nach dem Einchecken im Hotel nutzten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die freien Stunden zum Kennenlernen von Litauens Hauptstadt, ehe wir uns zum gemeinsamen Abendessen trafen. Denn die Stadt hat eine reiche und bewegte Geschichte, die stark von unterschiedlichen Kulturen, Religionen und politischen Mächten geprägt ist.

Geschichte

- **Erstmals erwähnt:** 1323 in Briefen des Großfürsten Gediminas, der europäische Handwerker und Händler in die Stadt einlud.
- **Hauptstadt des Großfürstentums Litauen:** Im Mittelalter war Wilna das politische und kulturelle Zentrum eines der größten Staaten Europas.
- **Polnisch-litauische Union:** Ab dem 16. Jahrhundert Teil dieser einflussreichen Doppelmonarchie.
- **Teil des Russischen Kaiserreichs:** Ab den Teilungen Polens im späten 18. Jahrhundert.
- **Zwischenkriegszeit:** Zwischen 1920–1939 gehörte Wilna zu Polen.
- **Sowjetunion & NS-Zeit:** Im Zweiten Weltkrieg stark zerstört, viele Einwohner – insbesondere die jüdische Bevölkerung – wurden ermordet.
- **Seit 1990:** Hauptstadt des unabhängigen Litauen.

Jüdisches Wilna

Wilna wurde als das „**Jerusalem des Nordens**“ bezeichnet:

- Zentrum des jüdischen Geisteslebens, Heimat bedeutender Rabbiner und Gelehrter.
- Vor dem Zweiten Weltkrieg lebten über 50.000 Juden in der Stadt – ein Drittel der Bevölkerung.
- Während der NS-Zeit wurde fast die gesamte jüdische Bevölkerung ausgelöscht (Wilnaer Ghetto, Massenerschießungen in Ponary).
- Heute erinnert eine Vielzahl an Denkmälern, Museen und Gedenkstätten an diese Zeit.

Am 1. Tag unserer Veranstaltung stand der Besuch beim „Goethe-Institut auf dem Programmzettel. Lassen wir aber Sigrid Kiehl und Gesine Wallenburg-Schwarze hierüber berichten:

Besuch des Goethe-Instituts in Vilnius

Nach der Begrüßung durch die Institutsleiterin Frau Strauss begann die Leiterin der Spracharbeit Frau Buinovskaja ihre Ausführungen mit Einblicken in die Betätigungsfelder des Instituts.



Das relativ kleine Institut wurde 1998 gegründet und arbeitet intensiv mit kulturellen Einrichtungen zusammen, wie beispielsweise dem Thomas-Mann-Haus in Nida und dem Simon-Dach-Haus in Klaipeda (Verein der Deutschen). Die Lobbyarbeit für die deutsche Sprache erfolgt durch Bildungsangebote, jedoch nicht durch Sprachvermittlung in Form von Deutschkursen. Allerdings engagiert

man sich intensiv bei Rekrutierung, Begleitung und Unterstützung von Germanistikstudenten. Auch bemüht man sich, Seiteneinsteiger als Lehrkräfte für das Fach Deutsch in Schulen zu gewinnen. Dies geschieht vor allem vor dem Hintergrund, die deutsche Sprache als Unterrichtsfach zu stärken. Vor Beginn des russischen Angriffskrieges lernten 80% der Schülerinnen und Schüler russisch als zweite Fremdsprache. Ziel ist es, dass zukünftig (bis 2027) 70% eine EU-Sprache (deutsch, französisch, spanisch) lernen. Damit einhergehend wird angestrebt, die Stundenzahl für die zweite Fremdsprache von derzeit 2 auf mindestens 3, besser 4 Stunden zu erhöhen.

Man geht davon aus, dass die deutsche Sprache durch die schrittweise Stationierung der Panzerbrigade 45 in Litauen einen erheblichen Schub erfährt. Es werden bis 2027 5000 deutsche Soldatinnen und Soldaten mit ihren Familien erwartet. In diesem Zusammenhang ist der Aufbau der deutschen Schule in Vilnius zu nennen, die am 30.9.25 eröffnet wird. Die Schule startet mit 19 Grundschülern, welche in 2 Klassen unterrichtet werden. Das einzige deutschsprachige Gymnasium in den baltischen Staaten ist bisher das Hermann-Sudermann-Gymnasium in Klaipėda mit ca. 600 Schülerinnen und Schülern.

In der abschließenden Fragerunde wurden folgende Themenbereiche angesprochen:

- das litauische Schulsystem
- deutsch-litauische Wirtschaftsbeziehungen
- Fachkräftebedarfe in beiden Ländern
- Bedeutung der Rückkehrer aus Deutschland nach Litauen



Ein Dankeschön an die Referentin

Nach einem guten Frühstück konnten wir uns dem zweiten Tag unseres Seminars in Vilnius widmen, der mit einer Enttäuschung begann. Bedingt durch einen kurzfristig

notwendigen Krankenhausaufenthalts unseres Gastgebers und Referenten fiel der Termin bei der „**Friedrich-Naumann-Stiftung**“ aus. Nur eine Besichtigung der Exponate in der Räumlichkeit konnte genutzt werden. Nach dem Besuch hatten wir genug Zeit, durch die engen, aber aufregenden Gassen der Altstadt von Vilnius zu wandern. Das Büro der Stiftung befindet sich am Rathausplatz.



Wer sich für jüdische Geschichte interessiert, konnte einen Abstecher in das ehemalige „**Große Ghetto**“ machen. Die „**Rudninku gatvė**“ führt zum damaligen Sitz des Judenrates im Orginskopalast in Nr. 8, in dessen Hof eine Gedenktafel an die 1.200 Juden erinnert, die für den Marsch nach **Paneriai** „auserwählt“ wurden. Die Ghettos wurden 1944 von den Sowjets zerstört und die Synagoge gesprengt. In keinem anderen Land wurde der Holocaust so brutal umgesetzt wie hier. Die Bevölkerung von Vilnius sank größtenteils deswegen von 209.000 vor Kriegsbeginn auf 110.000. Es ist historisch belegt, dass die meisten Juden unter Beihilfe oder direkt von Litauern ermordet wurden. Der Grund war, es wurde angenommen, die Juden seien Spitzel und Helfer der Sowjets. Auch heute wird nur ungern über dieses Kapitel gesprochen und berichtet.

Auffällig, gerade in Vilnius, sind die Solidaritätsbekundungen in Bezug auf den russischen Überfall auf die Ukraine. So tragen die Busse in der Richtungsanzeige ein Herz und den Schriftzug Ukraina.



Sogar an Hochhäusern sind Banner sichtbar, die Putin nach Den Haag zum „Internationalen Starfgerichtshof“ senden wollen.



Der Nachmittag startete mit einem Besuch bei der „Deutsch-Baltischen-Handelskammer“. Nun aber zu unserer Berichterstattung, wobei wir gerne das Wort an **Ute Witt** weiterreichen:

Am 30.9.2025 hatten die Teilnehmer der IVL Baltikum Reise die Möglichkeit, sich im Rahmen eines Besuchs der Deutsch Baltischen Handelskammer (DBH) über die wirtschaftliche Lage der drei baltischen Staaten und deren Außenhandelsbeziehungen zu Deutschland und anderen europäischen Ländern zu informieren.

Vor Eintritt in die umfangreiche Präsentation informierte Herr Dominic Otto, stellvertretender Geschäftsführer der DBH, über die am Vormittag gefeierte Eröffnung der ersten deutschen Schule in Vilnius, die hier im Zuge der Ansiedlung der deutschen Bundeswehrbrigade errichtet wird. Die deutsche Schule startet zunächst mit drei Lehrkräften und 19 Schülerinnen und Schülern in Form einer ganztägigen Grundschule, die perspektivisch zu einem Gymnasium weiterentwickelt werden soll. Dabei ist auch beabsichtigt, ein Angebot für 30 Kindergartenplätze zur Verfügung zu stellen.

Herr Otto erläuterte anschließend Fakten zu den Aufgaben der DBH, zu den Wirtschaftsdaten der baltischen Staaten und zu der deutschen Bundeswehrbrigade:

- Die DBH ist Mitglied der Außenwirtschaftshandelskammer (AHK), die als offizielle Vertreterin der deutschen

Wirtschaft und ihrer Interessen gilt. Sie ist in 43 Ländern mit 150 Zweigstellen vertreten. Die AHK finanziert sich über Beratungsentgelte und über Zuwendungen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Die DBH verfügt über 489 Mitgliedsunternehmen und ist vornehmlich bei der Unternehmensneugründung im Baltikum, bei der Suche nach Geschäftspartnern und bei der Bildung von wirtschaftlichen Netzwerken behilflich. Es erfolgt eine Zusammenarbeit mit der Bundeswehrverwaltung.

- Die wechselseitigen Vorteile der Zusammenarbeit für deutsche Unternehmen und die baltischen Staaten liegen insbesondere in einer ähnlichen persönlichen Mentalität, in der Sicherung und Anerkennung von Qualitätsstandards (Made in Germany) und dem Halten von Fachkräften in den baltischen Staaten. Vor dem Hintergrund der großen Abwanderungswellen vieler junger Balten nach Deutschland, England und in die USA ist gerade der zuletzt genannter Vorteil von besonderem Gewicht für die baltischen Länder.
- Bedingt durch die Corona-Pandemie und die Angleichung des litauischen Einkommensniveaus an das europäische Einkommensniveau ist mittlerweile wieder eine Rückwanderung von Arbeitskräften nach Litauen zu verzeichnen.
- Die größten litauischen Handelspartner sind die Bundesrepublik Deutschland und Polen. Litauen exportiert in erster Linie landwirtschaftliche Produkte, aber auch Industrieprodukte (Riga Gips, Minox). Aufgrund der robusten industriellen Basis ist Litauen von der derzeitigen Wirtschaftsrezession nicht in dem Maße betroffen wie Lettland und Estland.
- Hohe Direktinvestitionen erfolgten in Litauen durch die Unternehmen Schwenk, Aurubis, ERGO, Lidl, SAP, Bosch, Commerzbank und VEHO (Mercedes Benz Händler). Deutsche Unternehmen sind generell sehr zufrieden mit den Rahmenbedingungen in Estland und Litauen (1. und 2. Platz im Ranking), insbesondere mit der vorhandene Infrastruktur, dem Facharbeiterangebot, den stabilen politischen Rahmenbedingungen, dem investitionsfreundlichem Klima und dem Stand der Digitalisierung. Die weltweit deutsche duale Ausbildungssystem ist in Litauen noch nicht verbreitet.

- Weitere statistische Daten zu den baltischen Staaten sind den beigefügten Grafiken zu entnehmen.

Die Baltischen Staaten – westlich von Polen

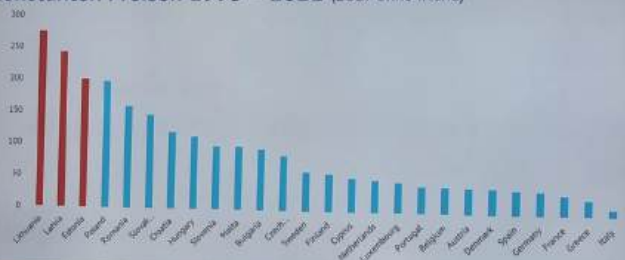
- Nicht drei, sondern 4 kulturelle Hintergründe
- Anteil russischstämmiger Bürger ca. EE 22%, LV 25%, LT 5%
- Estnisch ist eine finnougische Sprache, Lettisch & Litauisch gehören zum Baltischen Zweig der indogermanischen Sprachfamilie
- Die Baltischen Staaten sind in der Mehrheit kulturell eher skandinavisch/nordeuropäisch geprägt
- In Mentalitätsfragen sind die drei Länder nicht weit von deutschen Gewohnheiten entfernt
- Allen drei Baltischen Kulturen ist ein starker Patriotismus gemein, der von nationalen Volksliedern, Trachten, Tänzen und Legenden geprägt ist.



Das „Baltikum“ – in Wahrheit drei unterschiedliche Länder

	Bevölkerung 2024	Religion 2022	Mindestlohn 2025	Ø Lohn (brutto) 2023	BIP/Kopf (nominal) 2024	m²-Preis für Appartements (Hauptstädte, Juli 2025)
Estland	1,366 Mio.	58% ohne	5,31 €	2.011 €	31.170€	3.000 €
Lettland	1,873 Mio.	37% Protest. 19% Kathol. 13% Orthod.	4,38 €	1.757 €	23.243 €	2.597 €
Litauen	2,888 Mio.	74% Kathol.	6,35 €	2.337,70 €	29.339 €	2.680 €

Prozentuale Veränderung des Einkommens pro Person zu konstanten Preisen 1995 – 2022 (EU27 ohne Irland)



- Die deutsche Brigade in Litauen wird an 2 Standorten aufgebaut und aus rd. 5000 Soldaten und Soldatinnen sowie aus zivilem Personal bestehen. Die Brigade wird als starkes Signal der Solidarität innerhalb der NATO-Allianz gewertet.

Die Terminplanung sah einen Besuch der „Deutschen Botschaft“ vor. Dieser Termin war bereits im April vereinbart worden. Im Juni wurde bei einem dortigen Besuch der Termin noch einmal bestätigt. Leider erreichte uns die Absage recht kurz vor der Reise nach Vilnius per Mail. Als Begründung wurde der Besuch eines Bundesministers angegeben. Warum dieser Besuch wichtiger war als der Besuch von Bürgern bleibt ein „Geheimnis“ der Botschaft. Durch viele Telefonate konnte Grete Rhenius jedoch noch einen Referenten aus dem Kreis der Bundeswehr gewinnen, der dann im Vortragsraum unseres Hotels eine lebhaft und interessante Diskussion über den Einsatz der Bundeswehr und die politischen Gefährdungen seitens des russischen Machtanspruches sowohl in der Ukraine als auch im Baltikum referierte.

Der Mittwochvormittag war dem dunklen Teil der Geschichte Litauens, u.a. der deutschen nationalsozialistischen Jahre 1941 – 1944 und nachfolgenden sowjetischen Besatzungszeit gewidmet. Wir besuchten das **Museum der Okkupationen und Freiheitskämpfe** (lit. *Okupacijų ir laisvės kovų muziejus*), bis 2018 **Museum der Opfer des Genozids** (lit. *Genocido aukų muziejus*).



Es befindet sich in dem Gebäude, das sowohl die GESTAPO und danach der sowjetische KGB für Verhöre, Folterungen und Hinrichtungen politischer Gegner nutzten. Das Museum wurde am 14. Oktober 1992 eröffnet. Umgangssprachlich ist es allgemein auch als **KGB-Museum** bekannt.

Das Gebäude wurde 1888 erbaut und diente zunächst als Gericht. Es liegt in zentraler Lage am *Gedimino prospektas* zwischen Seimas, dem Parlament und dem Gediminas-Turm der Burg. 1940 zog zunächst der KGB ein, mit der deutschen Besetzung des Landes 1941 bis 1944 die Gestapo und dann erneut der KGB. In dem Gebäude wurden mindestens 1038 dort Inhaftierte und Verhörte erschossen.

Die durchgehend zweisprachige (lit./engl.) Ausstellung des Museums wurde 1992 eröffnet und 1997 reorganisiert. Trotz des damaligen Namens „Museum der Opfer des Genozids“ fehlte in ihr bis 2010 jegliche Erwähnung der Opfer des Holocaust, obwohl das Gebäude ja auch Hauptquartier der Gestapo gewesen war. Sie widmete sich allein der sowjetischen Besetzung und ihren Folgen.

Gegen 13:00 verließen wir Vilnius. Nach einer ca. 4-stündigen Fahrt und rund 310 km erreichten wir Klaipėda (Memel). Nach dem Einchecken reicht die Zeit zu einem ersten kleinen Bummel durch Altstadt.

Das Hotel liegt am Eingang zur Altstadt, die 1945 in Schutt und Asche lag. Von den 40.000 damaligen Einwohnern flüchtete die Mehrzahl nach Westen. Als die Russen Memel einnahmen, registrierten sie nur noch 28 Überlebende.

Geschichte von Klaipeda (Memel)

Klaipeda ist die bedeutenste Hafenstadt Litauens und ist das Tor zur Ostsee und zur Kurischen Nehrung.

Bis 1920 war die Stadt an der Dangemündung eine der nördlichsten Städte Deutschlands und hieß Memel. Die nördlichste Stadt Deutschlands war damals „**Nimmersatt**“ und gehört heute zu Palanga.

Heute ist die Hafenstadt am Ausgang des Kurischen Haffs und des Memeldeltas eine Stadt mit rund 128.000 Einwohnern.

Klaipeda blickt auf eine wechselvolle Geschichte zurück. Es wird vermutet, dass der Name durch die Verschmelzung von *Klaips* (Brot) und *eda* (essen) entstanden ist. Besiedelt war das Gebiet schon zu Beginn unserer Zeitrechnung von baltischen Stämmen, später gehörte es nacheinander zum Deutschen Orden, zu Preußen und Schweden, und dem Deutschen Reich. Zu Litauen kam es durch die Annexion des Memellandes 1923. 1939 wurde es wieder deutsch. Nach 1945 wurde es Bestandteil der Sowjetunion. Heute gehört es zum Staat Litauen“.

Schon früh wurde Memel Mitglied der Hanse. Im 16. Jahrhundert kam es zu Preußen und blieb bis 1923 ein Teil Ostpreußens. Durch den Versailler Vertrag (Art. 99) wurde das Memelland – die zuvor zum Deutschen Reich gehörenden Gebiete nördlich von Memel und Ruß – ohne Volksabstimmung abgetrennt und stand unter internationaler, von den Franzosen wahrgenommener Herrschaft mit deutscher Verwaltung. Im Jahr 1923 besetzten litauischen Truppen das Memelland und im Jahr darauf wurde die Region als Klaipėda-Bezirk annektiert. Im Jahr 1939 wurde das Memelland dann noch einmal deutsch, nachdem Hitler Litauen zur Rückgabe nötigte. Nach dem Krieg wurde Memel der neu gegründeten litauischen Sowjetrepublik eingegliedert und nahm den alten Namen Klaipėda wieder an. Die Stadt blieb für Ausländer gesperrt bis sich Litauen 1990 als erste Unionsrepublik der Sowjetunion zum selbständigen Staat erklärte.

Heute sind in Klaipeda viele restaurierte Spuren vom alten Memel zu finden. Die Altstadt beginnt gleich an der Dange. Fast alle Routen führen wie magisch angezogen zum Theaterplatz. Beliebter Treffpunkt dort ist der Simon-Dach-Brunnen mit der Figur des „Ännchen von Tharau“. Sie war die Angebetete des in Memel geborenen Dichters Simon Dach (1605-1659), der er das berühmte Gedicht widmete, das später auch vertont wurde.



Der Donnerstag war ganz den politisch kulturellen und umweltpolitischen Aspekten gewidmet. Wir fuhren nach dem Frühstück mit dem Bus auf die „Kurische Nehrung“ und blieben dort bis zum späten Nachmittag.

Die **Kurische Nehrung** (litauisch *Kuršių nerija*) ist eine zwischen der russischen Oblast Kaliningrad und dem südlichen Litauen vor der Ostsee liegende Nehrung. Sie schließt im Süden ans Festland (Samland) und im Norden an die Mündung der Memel in die Ostsee (Memel-Tief) an. Ihre Gesamtlänge ist 98 km, von denen der 46 km lange südliche Teil zu Russland gehört und bis 1945 ein Teil Deutschlands war. Der 52 km lange nördliche Teil gehörte seit Ende des Ersten Weltkriegs zu Litauen, war von 1939 bis 1945 deutsch annektiert, von



1945 bis 1989 Teil der UdSSR und ist seit 1990 Teil des unabhängigen Litauen. Quasi als Geschenk und Widergutmachung überließen die Siegermächte 1945 Stalin das Gebiet um Königsberg (Kaliningrad).

Die Kurische Nehrung trennt das Kurische Haff von der Ostsee. Sie hebt sich etwa dreißig Kilometer nördlich von Kaliningrad (*Königsberg i. Pr.*) allmählich vom Festland ab und erstreckt sich von dort aus etwa hundert Kilometer weit in nordöstlicher Richtung. Die mit 3,8 km breiteste Stelle befindet sich beim *Bulvikio ragas* (Bullwikischer Haken), vier Kilometer nordöstlich von Nida (deutsch *Nidden*), dem Grenzort des litauischen Teils.

Riesige Wanderdünen begruben immer wieder Ortschaften. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gelang es dem Düneninspektor Wilhelm Franz Epha, die Dünen zu bepflanzen und zu stabilisieren. Die Parnidis-Düne bei Nida ist eine der größten Dünen Europas. Früher auch „ostpreußische Sahara“ genannt, diente sie häufig als Filmkulisse.



Im Jahr 2000 wurde die Kurische Nehrung von der UNESCO zum Weltnaturerbe erklärt.

Einer Legende nach wurde dieser 98 Kilometer lange von einer Riesin namens Neringa erschaffen. Im 19. Jahrhundert begann man damit, die durch jahrhundertlangen Holzschlag, Überweidung und Schiffbau gefährdeten Dünen zu sichern – durch die Anlage eines Schutzwalles. Diese Maßnahme gilt bis heute als Vorbild für das Dünenmanagement und prägt das wechselhafte Landschaftsbild der Nehrung nachhaltig. Das größte Dorf der Region, Nida, ist nicht nur ein beliebter Ferienort, sondern war einst auch Rückzugsort für Landschafts- und Tiermaler der Kunstakademie Königsberg, für Künstler der expressionistischen Künstlerkolonie Nidden (Nida), zahlreiche Dichter – und für den Schriftsteller Thomas Mann.

Die Kurische Nehrung erreicht man bequem per Fähre von der Hafenstadt Klaipėda aus. Zweimal im Jahr durchqueren Tausende Zugvögel die Halbinsel.

Die Nehrung ist eine Landzunge aus purem Sand. Wilhelm von Humboldt schrieb 1809: „*Die Kurische Nehrung ist so merkwürdig, dass man sie gesehen haben muss, wenn einem nicht ein wunderbares Bild in der Seele fehlen soll.*“

Der bekannteste Ort der Nehrung und gleichzeitig der Inbegriff der Nehrung ist Nida (*Nidden*). Die Nehrung ist Landschaftsschutzgebiet, nicht alle Bereiche sind deshalb zugänglich. Die höchsten Dünen Europas finden sich hier. Die ***Sklandytoju*** (Gleiter-Düne) ist mit 65 m die höchste Düne. Heute liegt die Düne im Grenzgebiet und kann nicht betreten werden.

Lesen Sie meinen Bericht über den Besuch der „**kurischen Nehrung und des Haff**“.

Als wir früh am Morgen mit dem Bus Klaipėda verließen, lag noch ein leichter Nebel über dem Wasser. Die Luft roch nach Salz und feuchtem Holz, und wir spürten sofort, dass diese Reise anders sein wird – ruhiger, langsamer, ein Eintauchen in eine Landschaft, die zwischen Meer und Wäldern schwebt. Der Frühherbst hat die Küste bereits mit einem zarten Goldschimmer überzogen.

Unser Bus setzte mit der Fähre nach Smiltynė über, dem Tor zur Kurischen Nehrung. Die Überfahrt dauerte kaum zehn Minuten. Das Wasser wirkte tiefer, die Wellen ruhiger, und die Welt hinter uns schien allmählich zu verschwimmen.

Als wir das Ufer der Nehrung erreichten, lag die lange, breite Straße, die die Orte der Nehrung verbindet, vor uns. Die Straße, die durch den Nidaer Nationalpark führt, ist gesäumt von Kiefern, deren Nadeln in der Morgensonne glitzerten. Wir spürten den Duft von Harz, Erde und Meer, eine Mischung, die so eigenartig und zugleich vertraut ist. Die wenigen Autos und Radfahrer, die uns begegneten, schienen ebenfalls in eine Art kontemplative Ruhe versunken, fast als ob die Nehrung selbst die Schritte leise dämpfte.

Der Bus brachte uns nach knapp einer Stunde Fahrt nach Nida. Das kleine Dorf liegt still am Ufer des Haffs, mit seinen pastellfarbenen Holzhäusern, die sich an die sanften Hügel schmiegen. Die Straßen waren jahreszeitlich bedingt fast leer.

Am Ortseingang von Nida steht das Thomas- Mann-Haus mit einer interessanten Ausstellung über Leben und Werk des Schriftstellers.



1930 ließ er dieses Ferienhaus errichten, in dem er an seiner Roman-Tetralogie „Joseph und seine Brüder“ schrieb. Er verbrachte lediglich zwei Sommer in seinem Haus. Nachdem Kleinlitauen 1939 von Deutschland annektiert worden war, ging das Haus in den Besitz von Hermann Göring über. Es ist ein schlichtes Holzhaus, das an die Zeit erinnert, als der Schriftsteller hier seine Sommer verbrachte.



Drinne ist es still; die Möbel sind einfach, doch jeder Gegenstand erzählt von einem Leben, das von Beobachtung und Nachdenklichkeit geprägt war. Ich setzte mich auf eine Bank draußen vor dem Haus. Ich blickte hinaus auf das Haff, die Wasseroberfläche schimmerte wie flüssiges Silber.



In diesem Moment spürte ich, wie die Zeit langsamer wurde, wie die Landschaft einen sanften Rhythmus vorgab, den man nur hören kann, wenn man sich darauf einlässt. Das Haus liegt auf dem so benannten „Schwiegermutter Hügel“. Die Strände der Nehrung sind zu dieser Jahreszeit fast menschenleer. Nur auf dem Haff befanden sich einzelne Boote.

Nach dem Einstieg in das Leben und Wirken von Tomo Man- no brachte uns der Bus zu dem den kleinen Hafen von Nida, der gesäumt von Ausflugsbooten war, die auf Touristen warteten. Eines dieser Boote, trug uns hinaus in die Weite des kurischen Haff. Litauen und Russland teilen sich zwangsweise das Haff und die Nehrung. Dieser Teil ist verbotenes Gebiet und wirkt aus der Ferne fremd und unheimlich.

Gemächlich tuckerte unser Boot entlang der breit vor uns im Licht der Mittagssonne glitzernden Dünen. Ein erhabener, einmaliger Anblick, der die Achtung vor der Landschaft und der Natur verdeutlichte. Leise klangen die Erläuterungen unseres Kapitäns über das Wasser.

Nach ca. 1 Stunde auf dem Haff kehrten wir in den Hafen von Nida zurück. Wer wollte, konnte in den noch wenigen geöffneten Restaurants, die z.B. auch frischen Fisch servierten, das Essen in aller Ruhe genießen. Die Geräusche des Haffs mischen sich mit dem fernen Rufen der Möwen. Diese Landschaft, so ruhig und unaufdringlich, hatte doch eine tiefe Wirkung auf uns. Sie zwingt einen, langsamer zu werden, zuzuhören, zu fühlen.

Die Rückfahrt nach Klaipėda ist still. Der Bus erreicht die Fähre, ich sehe, wie die Silhouette der Nehrung kleiner wird, bis sie schließlich im Sonnenlicht verschwindet.

Ich weiß, dass ich zurückkehren werde, irgendwann – zu dieser magischen Mischung aus Wald, Wasser und Himmel, die den Frühherbst auf der Kurischen Nehrung so unvergesslich macht.

Der weite Blick auf das Haff ist überwältigend. Niemals hätte ich mir vorstellen können, einmal an dieser Stelle zu stehen und auch auf das entfernte Delta der Memel zu blicken.

Der letzte Tag unserer Veranstaltung ist angebrochen. Die Gedanken beschäftigen sich schon mit der Rückreise, die von Klaipėda nach Kiel via Fähre erfolgt. Es ist der 03. Oktober, hier der Bericht von **Stefan Bieger**:

Tag der Deutschen Einheit – gefeiert in Klaipėda



Nach mehreren Tagen, die bereits mit zahlreichen Eindrücken und Erlebnissen gefüllt waren, erwartete uns am Tag der Deutschen Einheit ein Highlight, das mit seiner Nachmittagsveranstaltung spontan in das Programm aufgenommen worden war. Wir besuchten nämlich das Simon-Dach-Haus in Klaipėda. Besagter Simon Dach war der berühmteste Dichter Preußens im 17. Jahrhundert, der in Memel / Klaipėda geboren wurde und im damaligen Königsberg (heute: Kaliningrad) wirkte. In diesem Jahr wird der 420. Geburtstag des Dichters u.a. während der Deutschen Kulturtag gefeiert.

In Klaipėda (deutsch: Memel) gibt es eine deutsche Minderheit, die im Verein der Deutschen organisiert ist und sich in der traditionellen deutschen Kultur und Geschichte engagiert. Der Verein ist im Simon-Dach-Haus aktiv, wo Veranstaltungen, Kulturangebote und Deutschkurse stattfinden. Zudem existiert eine enge Verbindung mit dem Hermann-Sudermann-Gymna-

sium, der einzigen Minderheitenschule Litauens in Klaipėda, die Deutsch als Muttersprache anbietet.



Begrüßung der Gäste durch den Vereinsvorsitzenden

Am Vormittag des 3. Oktobers erfuhren wir von der Direktorin des Zentrums für nationale Kulturen in Klaipėda, Jelena Butkevičienė, und vom Vereinsvorsitzenden Arnold Piklaps in einer sehr lebendig vorge-tragenen Informationsveranstaltung einiges über die Besonderheiten der deutschen Minderheit während der sowjetischen Besatzungszeit, nach der neuen Un-abhängigkeit, die heutige Arbeit des Vereins und beka-men einen Einblick in das litauische Schulwesen, spe-ziell auch am Hermann-Sudermann-Gymnasium.



Nach der vierjährigen Grundschulbildung gehen die Kinder in ein pre-gymnasium oder eine weiterführen-de Schule (pagrindinė mokykla). Dort besucht man die Klassen 5-8 oder 5-10. Die guten Schüler wechseln nach der 8. Klasse ins Gymnasium, wo es die Klassen 9-12 gibt. Da die meisten Schülerinnen und Schüler noch nicht in die Ausbildung gehen wollen, macht der über-wiegende Teil, etwa 85%, Abitur. Irgendwie kam uns diese Entwicklung bekannt vor, geht doch auch bei uns

die Tendenz in diese Richtung. Unsere Reisegruppe löscherte die beiden Vortragenden mit Fragen, sodass Frau Butkevičienė der Meinung war, wir hätten für die Veranstaltung mit dem Honorarkonsul gar keine Fragen mehr.



Der deutsche Honorarkonsul Dr. Arūnas Baublys wird angekündigt

Doch, die hatten wir – und zwar jede Menge! Der deutsche Honorarkonsul Dr. Arūnas Baublys hatte sich spontan bereit erklärt, am Nachmittag über Litauen zu berichten und unsere Fragen zu beantworten. So erfuhren wir aus erster Hand und anhand anschaulicher Beispiele, dass die russische Besatzung über eine längere Zeit von Partisanen bekämpft wurde und die Verstaatlichung privaten Besitzes zum Niedergang der Infrastruktur und des Wohnraumes führte. Die gute wirtschaftliche Entwicklung nach der Unabhängigkeit 1992 ist u.a. der Weltführerschaft im Bereich der medizinischen Lasertechnik zu verdanken. Außerdem ist der russische Einfluss deutlich geringer als in den beiden anderen baltischen Staaten, denn der Anteil der russischen Bevölkerung in Litauen liegt nur bei 5%. Wahrscheinlich hätten wir uns noch lange mit ihm unterhalten können, doch



Emotional: erst die Nationalhymnen, später „Freiheit“ – der Schulchor des Hermann-Sudermann-Gymnasiums

die Zeit drängte, denn ein kleiner Festakt anlässlich des Tages der Deutschen Einheit stand bevor.

Es wurde emotional! Eröffnet wurde der Festakt durch das Singen der deutschen und der litauischen Nationalhymne sowie der Europahymne – vorgetragen vom Schulchor des Hermann-Sudermann-Gymnasiums. Kurze Redebeiträge folgten, u.a. vom deutschen Honorarkonsul, zwei Klavierstücke, gespielt von Jokūbas Kulevičius, Schüler des S. Šimkus-Konservatoriums in Klaipėda, und schließlich der Chor mit dem Song „Freiheit“ von Marius Müller-Westernhagen.



Gänsehaut pur bei uns! Schließlich hatten wir in den vergangenen Tagen und Stunden anschaulich erfahren, dass Freiheit für die Litauerinnen und Litauer nicht so selbstverständlich ist wie für uns. Das sollte man sich gerade angesichts der heutigen Lage in Europa immer wieder bewusst vor Augen führen. Im Anschluss an den Festakt tischten die Frauen des Vereines litauische Spezialitäten auf. Bevor wir uns auf den Weg zur Fähre nach Kiel machten, konnten wir mit etlichen der Gastgeber und Gastgeberinnen noch nette sowie informative Gespräche führen. Dieser Abschluss der Bildungsfahrt war nicht nur gelungen, sondern berührte wohl jeden von uns.



Kulinarisches

Ihr Veranstaltungs-Team
Grete und Harro Rhenius



Neuer Internetauftritt

Liebe Mitglieder,

vielleicht hat die Eine oder der Andere schon bemerkt, dass sich das Bild unserer Website verändert hat.

Nach fast 10 Jahren haben wir uns entschlossen, unsere Website den geänderten Nutzerverhalten anzupassen. Nach zahlreichen Gesprächen und Bemühungen liegt das Werk nunmehr vor. Wir hoffen, dass Ihnen der Auftritt gefällt.

Wir möchten nicht verkennen, dass ein wenig Orientierung notwendig ist, um sich auf der Seite zurechtzufinden. Wir meinen jedoch, dass alles klar und auch verständlich und vor allem transparent geworden ist.

Wir haben uns bemüht, gemeinsam mit der Werbeagentur ein klares Design zu wählen und den Auftritt nicht zu überfrachten. Bewusst haben wir auf Informationen und Mitteilungen verzichtet, die allein Mitgliedern vorbehalten sein sollen.

Wir werden Sie künftig verstärkt über „Newsletter“ aber auch über den Auftritt des „dbb-zukunftsnetzwerk“ informieren.

Amtsangemessene Alimentation

- **Reaktion auf Widerspruchsbescheide bezüglich der Besoldung im Jahr 2023**
- **Anstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

um eventuelle ergänzende Besoldungsansprüche für das Jahr 2023 abzusichern, hatten wir seinerzeit empfohlen, unter Verwendung unserer Muster anspruchswahrende Anträge zu stellen und nach der Antragsablehnung Widerspruch einzulegen, wofür wir ebenfalls ein Muster bereitgestellt haben.

Die weiteren Aktivitäten sollten in Abhängigkeit vom Vorgehen der Dienstherren erfolgen.

Deshalb hatten wir gebeten, uns entsprechend zu informieren. Inzwischen wurden uns dankenswerterweise erste Widerspruchsbescheide des DLZP vorgelegt, so dass weitere Zuleitungen in Standardfällen nicht mehr erforderlich sind.

In Kenntnis der aktuellen Ausgangslage können wir Ihnen folgende Hinweise beziehungsweise Empfehlungen geben:

In den Fällen, in denen Beamtinnen und Beamte einen Widerspruchsbescheid erhalten, mit dem der Ursprungsantrag (hier bezüglich der Ansprüche im Jahr 2023) endgültig abgelehnt wird, ist zwischen zwei Optionen zu entscheiden:

- Wenn die Beamtin/ der Beamte nicht weiter reagiert, wird der Widerspruchsbescheid bestandskräftig. Damit bestünde kein Anspruch auf Nachzahlungen auch für den Fall, dass das Bundesverfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit der seit 2022 bestehenden schleswig-holsteinischen Besoldungsvorschriften feststellen sollte.
- Möchte die Beamtin/ der Beamte einen gegebenenfalls bestehenden Anspruch auf Nachzahlungen aufrechterhalten, muss beim Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgericht innerhalb der Rechtsmittelfrist (grundsätzlich innerhalb eines Monats nach Zustellung des Widerspruchsbescheides) Klage eingereicht werden.

Eine Besonderheit besteht in Fällen, in denen bereits eine Klage anhängig ist, die Ansprüche für das Jahr 2022 zum Gegenstand hat – dann ist keine erneute Klage, sondern lediglich eine sogenannte Klageerweiterung erforderlich. Damit wird quasi eine Zusammenfassung beider Jahre erreicht.

Hinsichtlich der möglicherweise entstehenden Kosten geben wir folgende Hinweise

- Klageerweiterungen verursachen nach unserer Einschätzung keine zusätzlichen (Gerichts-)Kosten.
- Bei einer (erstmaligen) Klageerhebung ist damit zu rechnen, dass ein Gerichtskostenvorschuss erhoben wird, welcher sich erfahrungsgemäß auf 483,00 Euro beläuft.

Diese müssten zunächst gezahlt werden, würden jedoch im Falle eines Obsiegens erstattet beziehungsweise im Falle einer Klagerücknahme (die sich anbietet, wenn sich ein Scheitern abzeichnet) oder einer Einigung ohne „Richterentscheidung“ um zwei Drittel reduziert werden.

Wir empfehlen, ihre betroffenen Mitglieder zu informieren, bitten jedoch von einer allgemein zugänglichen Veröffentlichung der Muster für die Klage und die Klageverbindung abzusehen. Wir möchten sicherstellen, dass von gewerkschaftlichen Serviceleistungen ausschließlich zahlende Mitglieder profitieren.

In diesem Sinne werden wir auch das Zukunftsnetzwerk digital entsprechend nutzen, welches in diesen Tagen bestückt wird. Die beigefügte Info hingegen hat auch einen Werbeeffect und kann bzw. sollte ergänzend zur Veröffentlichung auf unserer Homepage – ggf. mit gewerkschaftsspezifischen Anpassungen – auch von den Mitgliedsorganisationen veröffentlicht werden.

Ergänzend weisen wir darauf hin, dass uns Informationen zugeleitet wurden, wonach in diesem Sommer eine wegweisende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Alimentation erfolgen wird. Grundlage soll ein das Land Berlin betreffendes Leitverfahren sein, wobei eine Verbindung mit mehreren ähnlich gelagerten Fällen vorgenommen werden soll.

Ob die vom dbb sh initiierten, dem Bundesverfassungsgericht vorliegenden Fälle aus Schleswig-Holstein (Vorlagebeschluss zur „Weihnachtsgeldstreichung“ im Jahr 2007 sowie Verfassungsbeschwerde gegen die „Korrekturgesetze“ des Jahres 2022) bereits unmittelbar oder mittelbar betroffen sind, bleibt abzuwarten.

Wir gehen jedenfalls davon aus, dass wir das Bundesverfassungsgericht auch mit der inzwischen eingereichten Verzögerungsrüge unter zusätzlichen Zugzwang gesetzt haben.

Quelle: dbb-sh



Pensionsberechnungen

Unsere Broschüre interessiert Sie? Sie haben konkrete Fragen? Sie möchten mehr Informationen über Ihre derzeitigen oder künftigen Pensionsansprüche erfahren?

Unser Serviceangebot „Pensionsberechnung“ – nicht nur für Mitglieder – beantwortet Ihnen Fragen rund um Ihre Pension und Ihre Pensionsansprüche. Wir berechnen Ihren Ruhegehaltssatz. Wir helfen bei Ihrer „Teilzeitentscheidung“, wir zeigen Alternativen auf.

Sie sind interessiert?

Wenden Sie sich dann an unsere Geschäftsstelle (geschäftsstelle@ivl-sh.de) oder nutzen Sie die Kontaktmöglichkeit unserer Internetseite.

Da wundert sich der Interessierte

Trotz mehrfachem Suchen im Internet, konnte ich solche Zahlen und Daten im „echten Norden“ dem Bildungsland zwischen Nordsee und Ostsee, zwischen Hamburg und Dänemark nicht finden.

01.08.2025 – Lehrkräfteentwicklung im sächsischen Schuldienst

Drs.-Nr. 8/2979

In den letzten fünf Schuljahren haben 8.913 Personen den Schuldienst verlassen:

- » davon 2.492 Personen mit dem Beendigungsgrund Kündigung (ohne Angabe, von wem diese ausging)
- » darunter 675 Personen mit dem Beendigungsgrund Rente/Pension
- » darunter 4.276 Personen mit dem Beendigungsgrund Sonstiges (u. a. Auflösungsvertrag)

Abgänge von Lehrkräften

Datenstand der Auswertung: 11. Juli 2025

Schulart	Beendigungs-kategorie	Schuljahr					Gesamt
		2020/2021	2021/2022	2022/2023	2023/2024	2024/2025	
Grundschule	Kündigung	69	100	104	134	99	506
	Rente/Pension	46	40	33	17	22	158
	Sonstige Gründe	282	236	252	257	291	1.318
	Gesamt	397	376	389	408	412	1.982
Oberschule	Kündigung	119	176	176	184	181	836
	Rente/Pension	44	33	23	24	25	149
	Sonstige Gründe	344	372	380	411	364	1.871
	Gesamt	507	581	579	619	570	2.856
Gymnasium	Kündigung	84	101	108	136	111	540
	Rente/Pension	36	44	36	26	33	175
	Sonstige Gründe	247	290	307	303	246	1.393
	Gesamt	367	435	451	465	390	2.108
Gemeinschaftsschule	Kündigung	–	–	1	3	–	4
	Rente/Pension	–	–	–	–	–	–
	Sonstige Gründe	–	–	1	1	6	8
	Gesamt	–	–	2	4	6	12
Förderschule	Kündigung	38	43	49	51	44	230
	Rente/Pension	24	11	12	20	15	82
	Sonstige Gründe	131	133	133	120	105	622
	Gesamt	193	192	194	191	164	934
Berufsbildende Schule	Kündigung	68	87	77	84	60	376
	Rente/Pension	26	22	17	25	21	111
	Sonstige Gründe	98	102	108	117	109	534
	Gesamt	192	211	202	226	190	1.021
Gesamt		1.656	1.795	1.817	1.913	1.732	8.913

10

AKTUELL



Studie: Auf zwei Lehrkräfte, die das Pensionsalter erreichen, kommen mittlerweile fünf, die vorzeitig den Schuldienst quittieren

22. Februar 2025

BERLIN. Gibt es einen Massenexodus der Lehrkräfte? Diese Frage stellt eine aktuelle Untersuchung des Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS) angesichts besorgniserregender Befunde. Das hat sich die Abgänge aus dem Schuldienst der 16 Bundesländer genauer angeschaut und festgestellt, dass dabei der Anteil derjenigen, die regulär aufgrund ihres Alters ausscheiden, immer kleiner wird – ein deutliches Zeichen dafür, so schlussfolgert der Studienautor Dr. Dieter Dohmen, dass die Belastung im Lehrberuf immer größer wird.

Jedes Jahr schieden in den Jahren 2018/19 bis 2022/23 jeweils über 10 Prozent der Lehrkräfte an den allgemeinbildenden Schulen in Deutschland nach offiziellen Angaben aus dem Schuldienst ihres jeweiligen Bundeslandes aus, zuletzt waren es laut Studie 9,5 Prozent. „In diesen Anteilswerten bzw. den zugrundeliegenden absoluten Zahlen sind jedoch auch die Lehrkräfte enthalten, die in den Schuldienst anderer Bundesländer oder die Schule im jeweiligen Bundesland wechseln sowie diejenigen, die temporär ausscheiden, z.B. aufgrund von Schwangerschaft, Geburt eines Kindes bzw. Elternzeit. Lässt man diese Gruppen unberücksichtigt, dann schwankt die Zahl der dauerhaft aus dem Schuldienst ausscheidenden Lehrkräfte um den Wert von 5,4 Prozent am Gesamtbestand, bei Ausschlägen von bis zu 1,4 Prozentpunkten insbesondere nach oben.“ So weit, so normal also.

„Über die altersbedingt zu erwartende Zahl an ausscheidenden Lehrkräften scheiden also immer mehr aus anderen Gründen dauerhaft aus“

Allerdings: „Auffallend ist bei dieser relativen Konstanz der Anteilswerte dauerhaft ausscheidender Lehrkräfte an allen Lehrkräften die starke Verschiebung zwischen der Zahl und dem Anteil an Lehrkräften, die altersbedingt bzw. aus anderen Gründen aus dem Schuldienst ausscheiden. Betrug das Verhältnis zwischen diesen beiden Gruppen über längere Zeit zwischen 1:1,1

und 1:1,3, beträgt die Relation nunmehr 1:2,6, bei seit 2015/16 stark steigender Tendenz. Über die altersbedingt zu erwartende Zahl an ausscheidenden Lehrkräften scheiden also immer mehr aus anderen Gründen dauerhaft aus. Wenn sich der Trend der letzten Jahre auch zukünftig fortsetzt, dann ist bald eine Relation von 1:3 zu erwarten.“

Dabei sind die Unterschiede in den Bundesländern jedoch beträchtlich. „Besonders hoch ist die Quote der dauerhaft ausscheidenden Lehrkräfte in Mecklenburg-Vorpommern mit seit Jahren sehr hohen Werten von bis zu 10 Prozent. Im Schuljahr 2023/24 lag der Wert bei 9,4%, und bleibt damit der höchste aller Länder. Auch in den anderen ostdeutschen Ländern – einschließlich Berlin – liegen die Anteilswerte der Untersuchung zufolge seit Jahren bei über 6 Prozent.

„In allen westdeutschen Flächenländern sind die Anteilswerte meist niedriger als in den ostdeutschen Ländern, wobei Baden-Württemberg lange Zeit bei 6 Prozent und höher lag (Ausnahme 2023/24: 4,4 Prozent). Zu erwähnen ist auch Rheinland-Pfalz, wo nach sehr hohen Anteilswerten von dauerhaft ausscheidenden Lehrkräften bis zum Schuljahr 2020/21 (Werte von bis zu 11,0 Prozent) eine deutliche Umkehr mit Werten von unter 4% festzustellen ist. Im Saarland ist eine gegenläufige Tendenz festzuhalten: War der Anteil dauerhaft ausscheidender Lehrkräfte meist vergleichsweise moderat, so ist der Wert im Schuljahr 2023/24 deutlich auf 6,5 Prozent angestiegen.“ Die niedrigsten Anteile an dauerhaft ausscheidenden Lehrkräften verzeichneten im Schuljahr 2023/24 Hamburg und Hessen mit jeweils 3,0 Prozent. Heißt: dort überwiegend altersbedingt.

„Studien verweisen regelmäßig darauf, dass die tatsächliche Arbeitszeit von Lehrkräften deutlich über eine ‚reguläre‘ 40-Stunden-Woche hinausgeht“

Fazit des Autors: „Wenn die Zahl bzw. der Anteil der vorzeitig aus dem Schuldienst in einem derart großen

Umfang ansteigt, dann ist dies ein deutliches Zeichen dafür, dass der Schuldienst entweder an Attraktivität verliert oder die Belastung von vielen Lehrkräften als nicht mehr bzw. länger tragbar angesehen wird. Arbeitszeitstudien verweisen regelmäßig darauf, dass die tatsächliche Arbeitszeit von Lehrkräften gerade während der Unterrichtszeit deutlich über eine ‚reguläre‘ 40-Stunden-Woche hinausgeht. Heterogenität der Schülerschaft sowie die zunehmenden psychischen und sozialen Herausforderungen dürften ein Übriges tun.“

Gerade auch mit Blick auf den bereits bestehenden und sich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten verstärkenden Lehrkräftemangel in Deutschland seien Bildungspolitik und -ministerien gefordert, Maßnahmen zu ergreifen, die die von den Lehrkräften als sehr

hoch empfundenen Belastungen verringern. „Dazu zählen u.a. veränderte Modi der Arbeitszeiterfassung bei Lehrkräften, Ausbau multiprofessioneller Teams etc.. Es wird aber auch über veränderte Formen der Klassenstrukturierung nachzudenken sein: Eine Klasse oder Lerngruppe mit mehreren Schüler:innen mit psychischen oder sozialen Beeinträchtigungen kann nicht so groß sein wie eine Klasse ohne solche Schüler:innen. Alternativ könnte die ‚Bestückung‘ mit Lehr- oder Begleitpersonen flexibilisiert werden.“

So wie bisher werde es angesichts der Entwicklung in keinem Fall weiterlaufen können: „Die bevorstehende gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformation wie auch insbesondere der dauerhafte Lehrkräftemangel werden grundlegende Veränderungen in den Schulen und an den Lernformaten erfordern.“

Quelle: News4teachers

IQB-Bildungstrend

IQB-Bildungstrend: Ranking im Überblick – So schneiden die einzelnen Bundesländer ab

16. Oktober 2025

BERLIN. Ein bundesweiter Abwärtstrend mit deutlichen Unterschieden: Die Neuntklässlerinnen und Neuntklässler in Deutschland beherrschen Mathematik und Naturwissenschaften schlechter als noch vor sechs Jahren. Kein Bundesland konnte sein Niveau halten, manche sackten dramatisch ab. Hier die Ergebnisse – Land für Land.

1. Sachsen – Spitzenreiter, aber mit Abwärtstrend

Sachsens Schülerinnen und Schüler bleiben Deutschlands Beste in Mathematik und Naturwissenschaften. Nur 21 Prozent verfehlen den Mindeststandard für den mittleren Schulabschluss – der bundesweite Anteil liegt bei 34 Prozent. In Biologie, Chemie und Physik gehören Sachsens Jugendliche ebenfalls zur Spitze (Biologie

5 %, Chemie 16 %, Physik 9 % unter Mindeststandard). Doch auch im Freistaat sind die Leistungen zurückgegangen: Der Mittelwert in Mathematik sank auf 511 Punkte, in Biologie auf 507, in Chemie auf 506 und in Physik auf 513 – jeweils um 20 bis 25 Punkte weniger als 2018. Der IQB-Bericht spricht von einem „deutlichen Abfall auf hohem Niveau“.

2. Bayern – Stabile zweite Kraft

Bayern behauptet seine Position knapp hinter Sachsen. Die Neuntklässler liegen in allen Fächern über dem Bundesdurchschnitt. Besonders stark bleiben die Gymnasien, während an den Mittelschulen größere Rückgänge verzeichnet wurden. Auch hier ist die Tendenz rückläufig, allerdings weniger stark als in den meisten anderen



Ländern. Bayern gilt damit weiterhin als Land mit der höchsten Bildungsstabilität in Westdeutschland.

3. Thüringen – Starke Naturwissenschaften

Thüringens Schülerinnen und Schüler erreichen in Chemie, Physik und Biologie deutlich häufiger die von der Kultusministerkonferenz festgelegten Mindeststandards als der Bundesdurchschnitt. Nur Bayern und Sachsen schneiden besser ab. Im Fach Mathematik liegt das Land etwa auf Bundesniveau. „Unsere Schulen verfügen über eine solide Leistungsbasis“, sagte Bildungsminister Christian Tischner (CDU), mahnte jedoch: „Der Bildungstrend ist ein Weckruf, die Basiskompetenzen noch gezielter zu fördern.“ Besonders wichtig sei, dass Kinder unabhängig von Herkunft gute Lernchancen erhielten.

4. Baden-Württemberg – Noch stark, aber mit Sorgenfalten

Der Südwesten bleibt überdurchschnittlich, hat aber wie alle Länder verloren. In Mathematik und den Naturwissenschaften liegen die Werte noch klar über dem Schnitt, doch die Abstände schrumpfen. Kultusministerin Theresa Schopper (Grüne) erklärte: „Wir sehen insbesondere im Bereich der sozial Schwächeren und bei Kindern aus bildungsferneren Elternhäusern deutliche Kompetenzverluste, die wir uns sehr genau anschauen müssen.“ Die Schule allein könne es nicht richten: „Auch die Eltern müssen ihre Verantwortung wahrnehmen und sich partnerschaftlich für gute Bildung engagieren.“

5. Sachsen-Anhalt – Gut in Bio, Chemie, Physik

Sachsen-Anhalts Schüler gehören in den Naturwissenschaften zur Spitzengruppe. In Biologie, Chemie und Physik erreichen sie deutlich häufiger die Mindeststandards als der Bundesschnitt. In Mathematik liegen sie im Mittelfeld. Doch der Rückgang ist auch hier sichtbar. Das IQB verweist darauf, dass „das Niveau bundesweit flächendeckend sinkt“. Der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund liegt mit 14,3 Prozent weit unter dem Bundesdurchschnitt (40 %). Das könne die stabile Ausgangslage teilweise erklären.

6. Schleswig-Holstein – Aufsteiger des Jahres

Das nördlichste Bundesland machte fünf Plätze gut und liegt nun auf Rang sieben. Der Wert in Mathematik sank um zehn Punkte auf 476 – ein moderater Rückgang. In den Naturwissenschaften schnitten die Jugendlichen

überdurchschnittlich ab. Damit gehört Schleswig-Holstein zu den wenigen Ländern, die den pandemiebedingten Leistungsabfall abfedern konnten.

7. Hamburg – Stabil über dem Durchschnitt

Hamburgs Schülerinnen und Schüler zeigen ähnlich stabile Ergebnisse wie die Nachbarn im Norden. Der Rückgang ist gering, das Leistungsniveau bleibt oberhalb des Bundesschnitts. Hamburg profitiert laut Studie von „vergleichsweise günstigen Schulstrukturen und zielgerichteten Fördermaßnahmen“.

8. Mecklenburg-Vorpommern – Solider Aufwärtstrend

Mecklenburg-Vorpommern verbesserte sich von Platz 13 auf Rang 8. In Mathematik liegt der Mittelwert bei 471 Punkten (–11 seit 2018). Der Rückgang ist geringer als im Bundestrend, was den Nordosten erstmals ins obere Mittelfeld bringt.

9. Brandenburg – Im Mittelfeld, aber rückläufig

31 Prozent der Brandenburger Neuntklässler verfehlen die Mindeststandards in Mathematik – etwas weniger als im Bund. In Biologie (10 %), Chemie (23 %) und Physik (14 %) liegen die Werte im Durchschnitt. Allerdings hat sich das Niveau seit 2018 deutlich verschlechtert. Besonders in Mathematik verlor Brandenburg an Boden, bleibt aber klar vor Berlin.

10. Berlin – Schwach in Mathe, solide in Physik

In der Hauptstadt verfehlen 36,9 Prozent der Neuntklässler die Mathe-Mindeststandards – mehr als im Bundesschnitt. In Biologie (17 %), Chemie (34 %) und Physik (27 %) liegen die Werte ebenfalls unter dem Durchschnitt. Seit 2012 ist ein kontinuierlicher Abwärtstrend zu beobachten, der sich 2024 beschleunigt hat. Besonders die heterogene Schülerschaft stellt die Schulen vor große Herausforderungen.

11. Rheinland-Pfalz – Unterdurchschnittlich in Mathe und Physik

Rheinland-Pfalz liegt leicht unter dem Bundesschnitt. Mathe: 466 Punkte, Physik: 467 Punkte, Biologie: 471, Chemie: 466. Der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund (40,4 %) entspricht dem Bundesmittel. Auch hier sanken die Werte zwischen 2018 und 2024 deutlich. Der Bildungstrend sieht „keine positiven Abweichungen“ in einem der getesteten Fächer.

12. Saarland – Durchgängig unterdurchschnittlich

Das Saarland liegt in allen Fächern rund zehn Punkte unter dem Bundesmittel (Mathe, Bio, Chemie je 463, Physik 465). Damit gehört es zu den Ländern, die „durchgängig signifikant unter dem Durchschnitt“ liegen, so das IQB. Die Ergebnisse zeigen keinen Fortschritt gegenüber 2018.

13. Niedersachsen – Unterdurchschnittlich, aber stabil

Niedersachsen verzeichnet 461 Punkte in Mathematik und 464–466 Punkte in den Naturwissenschaften. Damit bleibt das Land unter dem Bundesschnitt, aber stabiler als NRW oder Hessen. Die Studie weist auf wachsende Heterogenität hin: 36,8 Prozent der getesteten Schüler haben einen Migrationshintergrund. Pandemie- und Medienfolgen werden als zusätzliche Belastungsfaktoren genannt.

14. Nordrhein-Westfalen – Deutlich unter Durchschnitt

NRW ist eines der Problemkinder des Bildungstrends. In allen Fächern liegen die Werte unter dem Bundesschnitt. Besonders drastisch ist Mathematik: 40,8 Prozent der Schüler verfehlen die Mindeststandards – fast jeder zweite an Hauptschulen. Schulministerin Dorothee Feller (CDU) nannte die Ergebnisse „unbefriedigend“ und versprach eine Trendumkehr: „Die Schulen müssen gestärkt, die Lehrkräfte besser unterstützt werden.“ SPD-Fraktionschef Jochen Ott hielt dagegen: „Mit halbherzigen Maßnahmen wird man diesen Abwärtstrend nicht stoppen.“

15. Hessen – Schwache Leistungen, hohe Heterogenität

Hessens Neuntklässler schneiden ähnlich schlecht ab wie in NRW. Mathe: 462 Punkte, Biologie: 452, Chemie: 460, Physik: 462. Mehr als die Hälfte (51,9 %) der getesteten Jugendlichen hat einen Migrationshintergrund – der höchste Wert Deutschlands. Das IQB spricht von „besonders schwachen Ergebnissen“ in Mathematik und „überwiegend ungünstigen Abweichungen“ in den Naturwissenschaften.

16. Bremen – Bundesweites Schlusslicht

Bremen bleibt Letzter in allen Fächern: Mathe 436 Punkte, Biologie 443, Chemie 438, Physik 439. Fast 49 Prozent der Neuntklässler erreichen nicht den Mindeststandard in Mathematik – der schlechteste Wert bundesweit. Mehr als die Hälfte der Jugendlichen hat einen Migrationshintergrund. Das IQB verweist auf „erhebliche Kompetenznachteile“ und einen besonders ausgeprägten Leistungsabfall seit 2018.

Bundesweite Bilanz

Der IQB-Bildungstrend 2024 offenbart einen flächendeckenden Leistungsrückgang – in allen Ländern, allen Schulformen, allen Fächern. Bundesweit verfehlen 34 Prozent der Jugendlichen in Mathematik die Mindeststandards (2018: 24 Prozent), 25 Prozent in Chemie, 16 Prozent in Physik und 10 Prozent in Biologie. Das Institut sieht die Ursachen in den Pandemiefolgen, der sozialen Spaltung, psychischen Belastungen und zunehmender Mediennutzung. „Die Schule ist ein Spiegel gesellschaftlicher Veränderungen“, so die Autoren.

News4teachers / mit Material der dpa

Aktion „Mitglieder werben Mitglieder“

Gewinnen Sie neue Mitglieder für unseren Verband. Überzeugen Sie Ihre Kollegin oder Ihren Kollegen von den vielen Vorteilen einer Mitgliedschaft bei uns.

Für jedes von Ihnen neu geworbene Mitglied erhalten Sie eine Anerkennung von 50 Euro. Unsere neue Beitritts-erklärung finden Sie auf der vorletzten Seite.



Zahlen der Länder Polizei-Statistik: Gewalt an Schulen nimmt bundesweit zu

Von **Sandra Hermes** 17. September 2025
aktualisiert am 06. Oktober 2025

Die Zahl der Gewalttaten an Schulen, die von der Polizei erfasst wurden, ist in den vergangenen Jahren in allen Bundesländern deutlich gestiegen. In einigen Bundesländern haben sich die Zahlen innerhalb von zwei Jahren bis 2024 um mehr als 60 Prozent erhöht. Das *Schulportal* hat die Daten aus allen 16 Bundesländern recherchiert. Das sind unsere Ergebnisse.

Im Februar 2025 verletzt ein Amoktäter in Wuppertal vier Schüler und sich selbst mit einem Messer, im Mai 2025 gehen in mehreren Bundesländern hunderte Bombendrohungen an Schulen ein, in Berlin-Spandau sticht – ebenfalls im Mai 2025 – ein 13-Jähriger auf einen 12-jährigen Klassenkameraden ein. Nehmen die Gewalttaten an Schulen tatsächlich zu oder hat sich nur die Wahrnehmung verändert?

Die Zahlen aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS), die die Innenministerien der Länder und Landeskriminalämter dem *Deutschen Schulportal* auf Anfrage meldeten, sind alarmierend. Im Vergleich zu 2022 nehmen die polizeilich erfassten Gewalttaten 2024 in allen Bundesländern deutlich zu (vgl. Infografik). Dabei geht es um leichte Körperverletzung und Gewaltkriminalität. Beispiele für Gewaltkriminalität sind Bedrohung, räuberische Erpressung oder Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung.

Die Gesamtzahl für das Jahr 2024 liegt bei 28.760 Gewalttaten an Schulen in Deutschland. 2022 betrug sie noch 20979. Insgesamt ist das eine Zunahme von 37,1 Prozent.

Ein Vergleich zur Vor-Corona-Zeit ist dabei nur auf Basis einzelner Bundesländer möglich, da die „Tatörtlichkeit Schule“ in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen 2018 noch nicht in der Statistik ausgewiesen wurde. Länderinterne Vergleiche mit den Zahlen aus 2020 sind wenig sinnvoll, da Gewalttaten an Schulen während der Schulschließungen in der Pandemie stark zurückgegangen waren.

Anstieg von Gewalt an Schulen in Bremen am größten

Den höchsten Anstieg der Gewalttaten in der Polizei-statistik von 2022 bis 2024 verzeichnet Bremen mit 72,6 Prozent, gefolgt von Sachsen, Thüringen und Brandenburg. Im Saarland fällt der Zuwachs in diesem Zeitraum zwar mit 17,2 Prozent geringer aus, doch vergleicht man die Zahl mit 2018, gibt es hier sogar einen Anstieg um 143,7 Prozent. Auch der Anstieg in Bayern von 2022 auf 2024 um 36 Prozent ist deutlich höher, wenn man die Zahlen von 2024 mit 2018 vergleicht, denn in den sechs Jahren ist die Zahl der Gewaltvorfälle in Bayern um knapp 67 Prozent gestiegen. Einen Rückgang gibt es in keinem Bundesland.

Der größte Teil der Gewalttaten entfällt auf vorsätzliche, leichte Körperverletzung. Aber auch Taten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, Bedrohung und schwere Körperverletzung haben in vielen Ländern zugenommen.

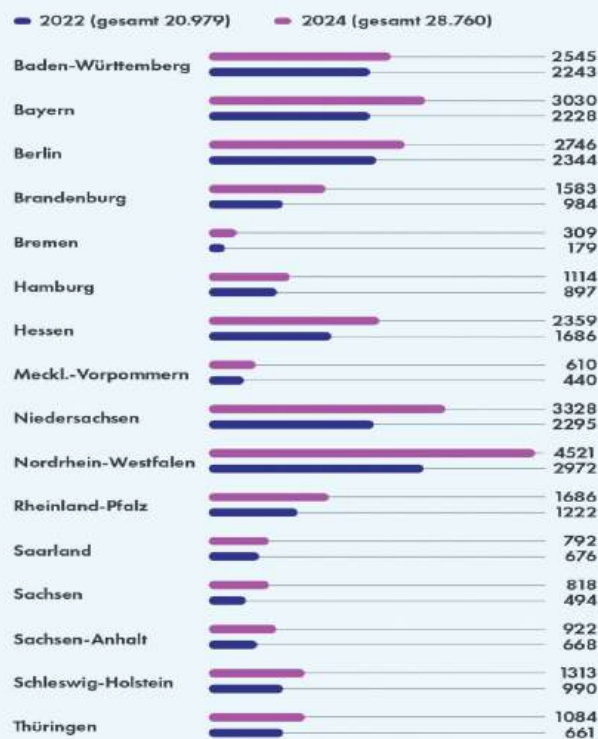
Auch wenn die Tendenz eindeutig nach oben zeigt, sind die Zahlen sowohl zwischen den Bundesländern als auch zwischen den Jahren nur mit Einschränkungen vergleichbar.

Gründe für die eingeschränkte Vergleichbarkeit der Zahlen

1. Bei der Polizeilichen Kriminalstatistik handelt es sich um eine **Ausgangsstatistik**. Die Fälle werden erst nach Abschluss der Ermittlungen gezählt, können sich also zum Beispiel auch schon im Vorjahr ereignet haben. Und: Auch Fälle, in denen es am Ende keine Verurteilung gab, bleiben in der Statistik.
2. Die **Änderung des Straftatbestands „Bedrohung“** (§ 241 StGB) im Jahr 2021 könnte zu einem Anstieg der Fälle ab 2022 geführt haben, da dieser nun bereits dann erfüllt ist, wenn jemand mit einem Vergehen droht statt zuvor mit einem Verbrechen. Ein Vergehen ist beispielsweise ein Diebstahl oder

Gewalttaten an Schulen in der Polizeilichen Kriminalstatistik

Absolute Zahlen der gemeldeten Gewalttaten an Schulen



Anstieg der erfassten Gewaltvorfälle von 2022 bis 2024 in den Bundesländern



Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS)
deutsches-schulportal.de

eine gefährliche oder fahrlässige Körperverletzung. Zu Verbrechen werden hingegen schwere Körperverletzung und Mord gezählt. Ebenso können die ab 2024 neu zu den Opferdelikten hinzugezählten Delikte „Beleidigung auf sexueller Grundlage“, „Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs und von Persönlichkeitsrechten durch Bildaufnahmen“ zu einer Steigerung geführt haben.

- Die „Tatörtlichkeit Schule“ umfasst auch **Delikte, die nicht im Zusammenhang mit dem Schulbetrieb** stehen. So taucht in der Statistik zum Beispiel auch eine nächtliche Schlägerei auf dem Schulhof auf, an der nur schulfremde Personen beteiligt waren.
- NRW unterscheidet seit 2019 zwischen einem **„Tatort Schule“** und einem **„Ereignis Schule“**. In die Kategorie „Tatort Schule“ fallen auch Fälle, die zwar am Standort der Schule begangen wurden, die aber nicht im Zusammenhang mit dem Schulbetrieb stehen bzw. außerhalb der Schulzeit stattfanden. Die Zahlen aus NRW zeigen also – deutlicher als in anderen Bundesländern –, welche Gewalttaten tatsächlich einen schulischen Kontext haben.
- In einigen Bundesländern, etwa im Saarland, werden Straftaten, die auf dem Schulweg geschehen, in der Statistik unter „Zusammenhang Schule“ mit ausgewiesen, in anderen, wie in NRW, wird der **Schulweg seit 2024 nicht mehr zum „Ereignis Schule“ hinzugezählt**. In den Daten, die uns aus Rheinland-Pfalz vorliegen, ist der Schulweg ebenfalls nicht enthalten.

Es lohnt sich also, genau hinzuschauen. Auch das Niedersächsische Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung mahnt bei der Interpretation der Zahlen zur Vorsicht: Neben einem durchaus denkbaren objektiven Anstieg von Gewaltdelikten könnten auch veränderte Einstellungen und Erziehungskonzepte sowie eine höhere Sensibilität gegenüber Gewalt in der Gesellschaft zu einer höheren Anzeigebereitschaft führen. Zu einem gewissen Anteil könne auch von einer Verschiebung vom Dunkelfeld ins Hellfeld ausgegangen werden, heißt es aus dem Ministerium.

Umfrage: Fast jede zweite Lehrkraft sieht Gewaltprobleme an ihrer Schule

Richtig ist, dass die Zahlen der Kriminalstatistik nicht das ganze Bild zeigen. Es besteht die Möglichkeit, dass Taten, die noch vor einigen Jahren nicht angezeigt wurden, heute eher aktenkundig werden – wie viele das sind, kann aber keiner sagen. Auf der anderen Seite gibt es auch viele Fälle, die nicht in der Statistik auftauchen. Dazu gehören Fälle, die nur schulintern sanktioniert werden, sowie alle Gewalttaten, die auf dem Schulhof von Aufsichtspersonen unbemerkt bleiben. Auch psychische Gewalt in Form von Cybermobbing, Pöbeleien auf dem Schulweg und Übergriffe auf Lehrpersonen bleiben mitunter lange im Dunkeln, weil die Opfer sich häufig schämen und sich scheuen, Hilfe zu holen.

Die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik stehen außerdem nicht für sich allein. Dass Gewalt an vielen Schulen ein großes Problem ist, zeigen darüber hinaus auch Ergebnisse aktueller Befragungen. Im Deutschen Schulbarometer 2025 gaben 47 Prozent der Lehrkräfte an, dass es an ihrer Schule Probleme mit physischer und psychischer Gewalt gibt. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Wert unverändert hoch.

Daten zu Gewalt gegen Lehrkräfte und Mobbing

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) ließ durch das Meinungsforschungsinstitut Forsa Ende 2024 ein Stimmungsbild einer repräsentativen Stichprobe von 1.311 Schulleiterinnen und Schulleitern erheben. 60 Prozent schätzten, dass Gewalt an ihrer Schule in den letzten fünf Jahren (also seit 2019) eher zugenommen hat. Schulleitungen von Haupt-, Real- und Gesamtschulen berichteten mit 74 Prozent überdurchschnittlich häufig von einer geschätzten Zunahme von Gewalt an ihrer Schule.

Dabei werden auch die Lehrkräfte selbst Opfer. 65 Prozent der Schulleitungen gaben an, dass Lehrkräfte an ihrer Schule in den vergangenen fünf Jahren direkt beschimpft, bedroht, beleidigt, gemobbt oder belästigt wurden, 36 Prozent, dass Kolleginnen und Kollegen über das Internet diffamiert, belästigt, bedrängt, bedroht oder genötigt wurden, und 35 Prozent berichteten von körperlichen Angriffen auf Lehrkräfte. Physische Gewalt gehe dabei überdurchschnittlich häufig (66 Prozent) von Schülerinnen und Schülern an Förder- und Sonderschulen aus.

Auch psychische Gewalt unter Schülerinnen und Schülern spielt offenbar eine wachsende Rolle. Die Studie Cyberlife V, die bereits seit 2019 durchgeführt wird, kam 2024 zu dem Ergebnis, dass 18,5 Prozent (2022: 16,7) der Schülerinnen und Schüler angaben, schon einmal von Cybermobbing betroffen gewesen zu sein. Eine Forsa-Umfrage im Auftrag der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) 2024 unter Lehrkräften ergab, dass rund ein Drittel der Befragten häufig wahrnimmt, wie Schülerinnen und Schüler systematisch verspottet und ausgegrenzt werden. 23 Prozent der Lehrkräfte beobachteten auch Cybermobbing.

Mögliche Ursachen für den Anstieg von Gewalt an Schulen

Die Gründe für den offenkundigen Anstieg der Gewalttaten an Schulen sind vielfältig. In der Studie der Unfallversicherung vermutete die Mehrheit der Befragten persönliche (z. B. Impulsivität, mangelnde Empathie, niedrige Frustrationstoleranz) und familiäre Faktoren (geringe Bindung an die Eltern, Gewalt im Elternhaus) sowie einen zu starken Medienkonsum als Ursachen.

Verschiedene Studien, z. B. die repräsentative Schülerbefragung im Rahmen des Deutschen Schulbarometers, zeigen, dass die psychischen Belastungen der Kinder und Jugendlichen steigen. Hinzu kommt, dass durch die Schulschließungen in der Corona-Zeit soziale Kontakte stark eingeschränkt waren und soziales Lernen zu kurz kam.

Auch das Bundeskriminalamt (BKA) ist der Auffassung, dass die Schulschließungen zu psychischen Belastungen bei Kindern und Jugendlichen geführt haben. „Für diese Altersgruppe relativ typische Normüberschreitungen waren während der Pandemie nur begrenzt möglich und werden nun möglicherweise verstärkt ausgelebt“, so das BKA auf seiner Herbsttagung 2023.

Auch strukturelle Faktoren werden häufig genannt, wenn es an die Ursachenforschung geht. Es gebe zu wenig Lehrkräfte und zu wenig Unterstützung durch Sozialarbeit und Schulpsychologie, um den Trend umzukehren. So weist die Mehrheit der Befragten Lehrkräfte im Deutschen Schulbarometer darauf hin, dass die psychosoziale Unterstützung an ihrer Schule nicht ausreichend sei und es einen hohen Fortbildungsbedarf im Umgang mit belasteten Schülerinnen und Schülern gebe.

Quelle: Deutsches Schulportal

Im März 2025 wurde das Seminar erneut in Fulda/Hessen durchgeführt. An der gut organisierten dreitägigen Veranstaltung mit dem Thema "Mentale Gesundheit im Alter – Herausforderungen und Resilienz" nahmen die Seniorenvertreter und -vertreterinnen der Landesverbände teil, um aktuelle Gesundheitsinformationen und Anregungen für die Seniorenarbeit zu erhalten. Von Interesse waren auch Berichte über aktuelle politische und bildungspolitische Entwicklungen. Die Leitung hatte Peter Froberg (Seniorenvertreter Bayern) übernommen.



Gruppenbild der Teilnehmer vor dem Schloss

Schlossführung „Alles in Butter“

Den kulturellen Auftakt bildete die Besichtigung des ehemaligen fürstlichen Schlosses, heute Sitz der Stadtverwaltung. Bei der informativen Führung erhielten die Teilnehmer einen interessanten Einblick in die Geschichte des Schlosses wie auch der Stadt Fulda. Die beeindruckend gestalteten Säle im Barockstil dienen heute für kulturelle Veranstaltungen. Auf den Spiegelsaal mit seinen zusammengesetzten Spiegelflächen soll die Redewendung „Alles in Butter“ zurückgehen, weil die wertvollen Einzelteile beim Transport zur Vermeidung von Glasbrüchen in Butter gepackt wurden. Bei einem Besuch in Fulda ist eine Schlossbesichtigung empfehlenswert, so das Fazit der Seminarteilnehmer.



Ralf Neugschwender bei der Programmbesprechung

Bundvorsitzender Ralf Neugschwender zur aktuellen Berufs- und Bildungspolitik

Zunächst berichtete Neugschwender über die Tarifverhandlungen des TVöD für Bund und Kommunen. Für die anwesenden Seniorenvertretungen ist dabei immer auch die Frage einer Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamtenpensionen von Bedeutung.

Wie geht es weiter im Bildungsbereich? An den aktuellen Entwicklungen zeigten die Seniorenvertreter viel Interesse.

Zur Lehrerbildung angesichts des bundesweiten Lehrermangels benannte der Bundesvorsitzende einzelne Positionen und Forderungen der dbb-Lehrerverbände, wie Zweiphasigkeit der akademischen Ausbildung mit einem Vorbereitungsdienst von 24, mindestens 18 Monaten, kein duales Studium im Sinne einer Einphasigkeit, grundsätzliches Zwei-Fach-Lehramtsstudium, Kohärenz zwischen den einzelnen Phasen der Lehrkräfteausbildung. Für fremdsprachige Lehrkräfte gilt C1-Sprachniveau oder höher als Anstellungsvoraussetzung.

Jahrestagung des dbb: Weniger Bürokratie, mehr Digitalisierung

Monika Holder, Seniorenvertreterin NRW, nahm an der Jahrestagung teil und stellte die zentralen Aussagen vor. Viele prominente Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften waren gekommen, u.a. die damalige

Bundesinnenministerin Nancy Faeser, der ehemalige Bundesverfassungsrichter Udo Di Fabio und Ministerpräsident von NRW Hendrik Wüst. Die Redner hoben die Bedeutung eines funktionierenden öffentlichen Dienstes hervor als Voraussetzung für das Funktionieren des Staates, für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Stärkung der Demokratie. Die Attraktivität des öffentlichen Dienstes und die Gewinnung von ausreichend geschultem Personal wurde von allen Beteiligten als wichtige Aufgabe gesehen. Kommunal- und Landespolitiker beklagten, dass viele Vorschriften, Gesetze und Aufgaben, die vom Bund beschlossen werden, nicht die Bedürfnisse und Ressourcen vor Ort berücksichtigen. Die Forderungen nach Entbürokratisierung, Digitalisierung, Verbesserung der Infrastruktur, besserem Datenaustausch, vereinfachten Genehmigungsverfahren etc. waren von allen zu hören und wurden auch von Senioren, die vielfach betroffen sind, unterstützt.

Vorsorge, Beihilfe, Gefahren bzw. Sicherheit im Alter

Inge Röcklein, vom Verband im Saarland, berichtete aus einem dbb-Seminar. Die Vorsorge im Alter umfasst Testament, Vorsorge, die Betreuungsverfügung und Patientenverfügung. Ganz wichtig ist es, eine Vorsorgevollmacht mit Betreuung zu verfassen, da nächste Verwandte oder nahestehende Vertrauenspersonen (z.B. Lebensgefährten) nicht automatisch als Betreuer in Frage kommen. Empfehlenswert sind dazu Vordrucke des Bundesjustizministeriums für Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung.

Ein Testament muss handschriftlich und unterschrieben mit Datum verfasst werden. Eine Hinterlegung z.B. beim Amtsgericht empfiehlt sich. Beim Vererben sollte man sich auch über die Erbschaftssteuer informieren. Steuerfrei ist derzeit für Ehegatten ein Betrag bis 500 000 €, für leibliche Kinder und Stiefkinder bis 400 000 €, für Enkel bis 200 000 €. Adoptivkinder sind automatisch erbberechtigt. Stiefkinder müssen testamentarisch bedacht werden. Eine Schenkung ist alle 10 Jahre steuerfrei möglich. Der Pflichtteil beträgt die Hälfte des gesetzlichen Erbteils, also ein Viertel des Nachlasses.

Die Seniorenvertreterin berichtete auch über Bestimmungen bei der Beihilfe und über neue Abrechnungsmodalitäten. Die Kostendämpfungspauschale gilt noch im Saarland. In einigen Bundesländern wurde sie abgeschafft, in Bayern nie eingeführt.

Zum Schluss erwähnte die Referentin Vergünstigungen und Ermäßigungen im Saarland für Personen mit einem Schwerbehindertenausweis ab einem GdB 50. Sie wies auch darauf hin, dass ADAC-Mitglieder mit Schwerbehindertenausweis bei vielen Einrichtungen, nicht nur im Saarland, Ermäßigungen ab einem GdB 50 erhalten.



Text: Monika Holder

Wir wollen in Kontakt bleiben

Die Kommunikation mit unseren Mitgliedern kann nur dann gut sein, wenn wir jeden Einzelnen auch erreichen können. Leider ist das nicht immer der Fall. Post kommt zurück, weil die Anschrift sich verändert hat, E-Mails werden als nicht zustellbar deklariert und der Bankabruf läuft ins Leere.

Bitte wenden Sie sich an unsere Landesgeschäftsstelle oder verwenden Sie doch einfach das auf unserer Homepage zur Verfügung stehende Online-Formular im Mitgliederbereich.

Wir möchten, dass Sie für uns erreichbar bleiben und wir den Kontakt untereinander nicht verlieren.



Bericht über die Seniorenpolitische Fachtagung

Grete Rhenius

Thema: „Generation Ü65 – unterschätzt und übersehen?“

Im Mittelpunkt der Tagung stand der Ageismus – also Vorurteile und Diskriminierungen aufgrund des Lebensalters. Das Alter einer Person wird dabei mit bestimmten Fähigkeiten oder der generellen körperlichen oder geistigen Leistungsfähigkeit in Verbindung gebracht. Der Vorsitzende der dbb Bundesseniorenvertretung stellte daher die Forderung auf, das Lebensalter in das Gleichbehandlungsgebot in Artikel 3 des Grundgesetzes aufzunehmen. Diese Forderung unterstützte der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer in seinem Grußwort ausdrücklich.

Michael Brand – Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend betonte in seinem Grußwort, dass nicht nur die bisher erbrachten Leistungen der Älteren zu respektieren seien, sondern auch deren Potenziale für die Zukunft. „Die Älteren sind die Energiereserve für unser Land.“ In Bezug auf die aktuelle Rentendiskussion sagte der Staatssekretär, dass sich die Probleme der Alterssicherungssysteme nicht durch ein einfaches „alle zahlen ein“ lösen ließen. Hier sei ein realistischer Blick auf die Herausforderungen nötig.

Dr. Stephan Gerbig, Richter am Arbeitsgericht Nürnberg und Lehrbeauftragter für Verfassungsrecht und Menschenrechte an der Ludwig-Maximilians-Universität München fragte: „Warum schützt das Grundgesetz zwar vor Diskriminierung wegen Geschlecht, Herkunft oder Behinderung, nicht aber wegen des Alters?“ Seine Antwort fiel deutlich aus: „Beim Schutz vor Altersdiskriminierung gibt es im Grundgesetz und im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz noch viel Luft nach oben. Man muss sich nur trauen.“ Gerbig plädierte für die Aufnahme des Alters in den Katalog der Diskriminierungsmerkmale des Grundgesetzes. Die Forderung nach einem Schutz vor Altersdiskriminierung sei sowohl ein seniorenpolitisches als auch ein kinderpolitisches An-

liegen, denn Kinder und ältere Menschen würden gleichermaßen mit Stereotypen konfrontiert: Die einen, weil sie „noch nicht“, die anderen, weil sie „nicht mehr“ leistungsfähig seien.

„Menschen, die altern, denken häufig zuerst an die Schattenseiten“, begann Dr. Eva Wlodarek ihren Vortrag. Aber man dürfe nicht die Gewinne des Alters, die es zweifelsohne auch gibt, aus den Augen verlieren. Anschließend stellte sie der Zuhörerschaft die sieben Gewinne des Alters vor, die es wahrzunehmen und zu schätzen gilt.

1. Lebenserfahrung – emotionale und soziale Kompetenz
2. Klarheit über die eigenen Bedürfnisse – diese müssen kommuniziert und ggf. auch eingefordert werden
3. Loslassen können – z.B. nach dem Verlust eines geliebten Menschen; nach Trauer und Abschiedsschmerz muss man sich den Lebenden zuwenden. Freiwilliges Loslassen – z.B. Dinge aussortieren, die nicht mehr nützlich sind oder glücklich machen. Träume allerdings sollte man nicht zu früh loslassen, sondern die Initiative ergreifen sie umzusetzen.
4. Stilsicherheit – frei nach Coco Chanel: „Schönheit vergeht, Stil besteht!“ Das eigene Erscheinungsbild ist Ausdruck der Persönlichkeit.
5. Unabhängigkeit von der Meinung und Anerkennung anderer
6. Sich Ruhe erlauben – man muss es nicht allen recht machen, oder sich verpflichtet fühlen etwas zu tun – diese Denkweisen spielen nur noch eine geringe Rolle.
7. Sich der eigenen Endlichkeit bewusst sein – „wer nur noch begrenzt Zeit hat, muss zusehen, dass er noch alles macht, was er sich wünscht und noch machen kann.“

Dr. Eva Wlodarek bezeichnete dieses Bewusstsein als großen Gewinn.

Beitrittserklärung zur IVL-SH

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur IVL-SH ab dem

Ich bin Studentin/Student ☐ LiV ☐ Lehrerin/Lehrer ☐

Besoldungsgruppe Vollzeitbeschäftigung ☐ Teilzeit mit Stunden Beschäftigung

Ich bin verpflichtet, eintretende Veränderungen wie die der Adresse, der Besoldungs- bzw. der Vergütungsgruppe, des Beschäftigungsumfangs, der Bankverbindung, unverzüglich der IVL-SH mitzuteilen.

Ich erkläre mein Einverständnis zur digitalen Speicherung meiner Daten. Es gelten die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen.

Name: _____ Vorname: _____ Geburtsdatum: _____

Straße: _____ PLZ, Wohnort: _____

Telephon: / private E-Mail:

Schule: _____ Fächer: _____

Ort, Datum: _____ Unterschrift: _____

SEPA Lastschriftmandat

Ich ermächtige die IVL-SH, den zu entrichtenden IVL-Mitgliedsbeitrag bei Fälligkeit mittels Lastschrift von meinem Konto einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der IVL-SH auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen.
Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vor- und Nachname des Kontoinhabers:

Straße und Hausnummer:

PLZ, Ort:

IRAN																				
------	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

[illegible]

Kreditinstitut:

Ort, Datum, Unterschrift:

Ich wurde geworben durch das IVL-Mitglied Vorname, Nachname:

PLZ, Wohnort:

Bitte senden Sie den Antrag an die Landesgeschäftsstelle.

IVL-Schleswig-Holstein • Landesgeschäftsstelle • Walkerdamm 17 • 24103 Kiel

Die IVL-SH
Ihr zuverlässiger
Ansprechpartner
in allen
dienstrechtlichen
Angelegenheiten

